



2019

JAHRESBERICHT

2020

PERSPEKTIVEN

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Zahlen und Fakten



609

Mitarbeiter_innen



184.000.000 €

Etat (2019)



260

Veröffentlichungen
in Deutschland



108

Auslandsbüros



2.838

Studierende und
Promovierende



3.194

Veranstaltungen
in Deutschland

16

Standorte
in Deutschland

253

davon ausländische
Stipendiat_innen

149.941

Teilnehmer_innen



53.000

Besucher_innen im Museum
Karl-Marx-Haus in Trier



56.000 Lfm.

Archivbestand

1 Mio.

Publikationen im
Bibliotheksbestand

2019

JAHRESBERICHT

2020

PERSPEKTIVEN

Inhalt

VORWORT

- 05 Vorwort 08 Politische Bildung weltweit
-

PRESSESPIEGEL

- 27 Die Friedrich-Ebert-Stiftung
im Spiegel der Presse
-

ARBEITSBEREICHE

- | | |
|------------------------------------|---|
| 40 Politische Bildung und Beratung | 51 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung |
| 44 Internationale Arbeit der FES | |
| 48 Wissenschaftliche Arbeit | 52 Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen |
-

PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 11 Für ein besseres Morgen
Zukunftsweisende Ideen für die großen
Herausforderungen unserer Zeit
- 13 Kapitel 1: Die belagerte Demokratie
- 17 Kapitel 2: Integration fördern
und Perspektiven schaffen
- 19 Kapitel 3: Dringend gesucht:
der Sozialstaat der Zukunft
- 21 Kapitel 4: Die Institutionen
alter Prägung polarisieren
- 26 Kapitel 5: Digitale politische Bildung

ANHANG

- 54 Organisationsplan
 - 56 Jahresabschluss zum 31.12.2018
 - 62 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen
 - 63 Mitglieder des Vorstands
 - 64 Mitglieder des Vereins
 - 65 Mitglieder des Kuratoriums
 - 65 Mitglieder des Auswahl-
ausschusses der Studienförderung
 - 66 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung
 - 74 Anschriften
-
- 76 Impressum

Für Soziale Demokratie

Wer wir sind

Die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion;
- eine lebendige und starke Demokratie; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle;
- einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert;
- ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

Die FES im Jahr 2019 – mit ganzer Kraft für die Soziale Demokratie

Ist es übertrieben, sich um die Zukunft unserer westlichen Demokratien zu sorgen? Fake News, Rechtspopulismus, Hassrede – das sind nur einige Signale in der Debatte um das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Schon 2018 wurde deutlich, dass die Sozialdemokratie in Bedrängnis gerät. Eine Krise, genährt von der Verunsicherung vieler Menschen angesichts der sich rasant vollziehenden Veränderungen. Die sozialdemokratischen Werte, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung in allen Facetten ihrer Arbeit hochhält, sind für viele Bürgerinnen und Bürger des vereinten Deutschland offenbar keine Selbstverständlichkeit mehr. Das haben die jüngsten Wahlergebnisse in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gezeigt.

Prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut untergraben das Vertrauen in die Demokratie. Wachsende Ungleichheit als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise lässt in der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Handlungsfähigkeit des politischen Systems aufkommen. Dies trägt unweigerlich zu einem Ansehensverlust der politischen und wirtschaftlichen Eliten bei. Und wer misstraut, der wird empfänglich für vermeintlich einfache und radikale Rezepte. Das zeigen die Entwicklungen in den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, aber auch bei uns.

Prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut untergraben das Vertrauen in die Demokratie. Wachsende Ungleichheit als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise lässt in der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Handlungsfähigkeit des politischen Systems aufkommen. Dies trägt unweigerlich zu einem Ansehensverlust der politischen und wirtschaftlichen Eliten bei. Und wer misstraut, der wird empfänglich für vermeintlich einfache und radikale Rezepte. Das zeigen die Entwicklungen in den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, aber auch bei uns.

Wachsende Ungleichheit ist nicht der einzige Grund für die Abkehr von Toleranz und Solidarität. Darüber hinaus macht sich ein neuer Egoismus diesseits und jenseits des Atlantiks breit. Der Blick in die Geschichte – wie ihn das Archiv der sozialen Demokratie der FES auf einzigartige Weise ermöglicht – lehrt uns, dass unsere sozialdemokratischen Urmütter und -väter mit ähnlichen Entwicklungen umgehen mussten. So stand unser Namensgeber nach seiner Wahl zum ersten deutschen Reichspräsidenten vor hundert Jahren vor der Herausforderung, die junge Weimarer Republik durch wirtschaftlich und politisch äußerst unruhige Zeiten zu steuern.

Progressive demokratische Kräfte in Deutschland und Europa sehen die demokratischen Werte und Errungenschaften



Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
President of the Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Secretary General of the Friedrich-
Ebert-Stiftung

ähnlich bedroht, wie es Historiker_innen für die Weimarer Republik beschreiben. »Mut zur Demokratie!« lautete denn auch der programmatisch gewählte Titel unseres Ehrensymposiums am 19. Februar 2019, dem hundertsten Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten. Kurt Beck, der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, sagte zur Eröffnung: »Es ist richtig und wird immer dringlicher zu realisieren, dass auch heute die Demokratie aktive Demokratinnen und Demokraten braucht, um zu bestehen und sich weiterzuentwickeln. Auch das Wort Max Webers, der anmahnt, Politik mit Augenmaß und Leidenschaft zu betreiben, fordert uns. Im Besonderen die Leidenschaft für Freiheit und Demokratie muss wieder lebendiger spürbar werden.«

Der Blick in die Geschichte bietet zum Glück auch zahllose Momente der Ermutigung. So ermöglichte die FES zum Beispiel 90 Jugendlichen in einer zweitägigen Geschichtswerkstatt in Bonn, selbst eine Demokratiebilanz zu ziehen. Anlass waren die Jubiläen von 70 Jahren Grundgesetz und 30 Jahren Mauerfall. Die bemerkenswerten Botschaften in jugendkultureller Sprache, vorgetragen unter anderem in Poetry-Slams, zeugten von einem ausgeprägten Problembewusstsein junger Menschen hinsichtlich der Lage unserer Demokratie. Aber: Die Jugendlichen zollten auch den demokratischen Errungenschaften hohe Anerkennung.

Bürgerinnen und Bürger hinterfragen heute demokratische Institutionen mehr denn je. Mitzugestalten bietet die Chance, die Mechanismen der Demokratie zu erfahren, aber auch jenseits des Fernsehsessels oder der Facebook-Chatgruppe Verantwortung zu übernehmen. Daher arbeitet die FES

Das Jahr 2020 wollen wir trotz der Herausforderungen, die das COVID-19-Coronavirus darstellt, nutzen, um die Weichen dafür zu stellen, dass die FES als politische Stiftung der Sozialen Demokratie weiter »spitze« bleibt.

landesweit mit neuen Beteiligungsformaten. So entwickelte die Veranstaltungsreihe »Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?« gemeinsam mit Menschen, die Lust haben, mitzudenken, Ideen für ein starkes Ostdeutschland. Ihre Lösungsvorschläge für regionale Herausforderungen wurden zahlreichen Kommunalpolitiker_innen übermittelt.

Auch die KommunalAkademien der FES ermutigen Menschen in zahlreichen Bundesländern dazu, sich einzubringen. Bei der Kommunalwahl 2019 in Baden-Württemberg kandidierten 117 Absolvent_innen der dortigen FES-Kommunal-Akademie. Mehr als die Hälfte wurde tatsächlich gewählt, die Mehrzahl von ihnen Frauen. Dieser Erfolg zeigt, dass unsere speziell auf Frauen zugeschnittenen Angebote helfen, die Basis der Demokratie zu stärken.

Als FES legen wir auch großen Wert darauf, unsere talentierten Stipendiat_innen in ihrem kommunalpolitischen Engagement zu stärken. Denn insbesondere auf der Ebene der Kommunen braucht es hervorragend ausgebildete junge Menschen. In der Reihe »Elfenbeinturm trifft Rathaus« stellen daher führende Kommunalpolitiker_innen wie zum Beispiel der Bürgermeister von Wittenberg berufliche Perspektiven in der Kommunalpolitik vor.

Über die sozialen Medien können alle, die ein Handy besitzen, mitreden. Dabei wird immer deutlicher, dass Grundkonzepte der Demokratie nicht mehr allen geläufig sind. Hier bieten wir mit innovativen Ideen und Formaten neue Begegnungsformen an. So brachte zum Beispiel die Reihe »Pizza und Politics« in Schwerin, Güstrow und Neustrelitz Bürgermeister_innen und Landtagsabgeordnete mit Jugendlichen zusammen, die sonst wenig Zugang zu politischen Informationen haben. Unter der Federführung von Landtagspräsidentin Birgit Hesse rief das Landesbüro in Schwerin die »Tage der politischen Bildung« ins Leben, die Fragen derjenigen beantworteten, die sonst eher fern der Politik bleiben.

Unser Ziel ist es, Menschen zum politischen Handeln zu ermutigen und sie zu befähigen, mit eigenen Überzeugungen für die Demokratie einzustehen. Dafür kommt es immer mehr darauf an, Orientierungswissen lebensnah zu vermitteln. Denn nur so können wir die informierte Teilhabe am politischen Diskussionsprozess auf dem Boden der Grundwerte der Sozialen Demokratie fördern.

Beim Thema Migration wird die Debatte zunehmend ruppiger. Doch Menschen sind immer in Bewegung. Dies als Konstante der Menschheitsgeschichte zu begreifen, damit tun sich nicht alle Europäer_innen leicht. Uns ist es wichtig, Migration nicht als temporäres Problem zu vermitteln, sondern als permanente Aufgabe. Vor dem Hintergrund zurückgehender Asylbewerberzahlen (die Ankinftszahlen sanken 2019 wieder auf den Stand von 2014) setzt die FES vor allem auf die Versachlichung der Debatte und auf politische Handlungsempfehlungen. Diese müssen dort ansetzen, wo Migrant_innen auf Einheimische treffen und wo das Zusammenleben praktisch organisiert werden muss – in den Kommunen. Zusammen mit Gesine Schwan präsentierte unser Brüsseler Büro progressive Ideen, wie Kommunen auf europäischer Ebene zur Umverteilung von Geflüchteten beitragen können. Mit der Europaparlamentarierin Birgit Sippel bot die FES EU-Abgeordneten die Möglichkeit, afrikanische Perspektiven auf die Migration nach Europa verstehen zu lernen.

Auch das FES-weite Projekt »Für ein besseres Morgen«, das ausgesprochen erfolgreich zukunftstaugliche sozialdemokratische Antworten zu einer ganzen Reihe bestehender Herausforderungen entwickelt, lässt Gestaltungsmöglichkeiten erkennen, wo die Lage zunächst verfahren erscheint. Mit dem Beitrag »Das pragmatische Einwanderungsland – was die Deutschen über Migration denken« konnte das Projekt zeigen, dass Menschen hierzulande trotz Angstmacherei von rechts einen pragmatischen Blick auf Migration haben. Mehrheitlich sind die Deutschen offen für Zuwanderung insbesondere von Fachkräften und politisch Verfolgten. In diesem Zusammenhang erarbeitete die FES unter anderen konkrete Vorschläge für die interkulturelle Öffnung von Behörden.

Solidarität ist für unsere Arbeit ein Wert, der auch international, in den globalen Wirtschaftsbeziehungen, einzufordern ist. Weltweit rückten die FES-Vertretungen daher Arbeitsstandards, gute Löhne, faire Handelsbeziehungen und die Verantwortung von Unternehmen für die Wahrung der Menschenrechte in den Fokus. Mit der Studie »Gesetzliche Verpflichtungen zur menschenrechtlichen Sorgfalt von Unternehmen im weltweiten Vergleich« legte die Stiftung einen viel beachteten Beitrag vor, der zeigt, wie unternehmerische Sorgfaltspflichten auch in Deutschland gesetzlich verankert werden können.

Der Rückblick auf das Jahr 2019 offenbart, wie zupackend sich die FES dank ihrer engagierten Mitarbeiter_innen auf die sich verändernden Bedürfnisse unserer Partner_innen und befreundeten Organisationen einstellt. Digitalisierung zieht systematisch und mit wachsendem Erfolg auch in die politische Bildung und Beratung ein. So nutzen wir inzwischen weltweit digitale Kommunikationsmöglichkeiten von Videoblogs über Chats bis zu Webinaren und erreichen damit neue Zielgruppen. Längst behauptet sich die FES im Netz auch mit messengerbasierten Nachrichten im Kurzformat wie »Der rote Faden – täglich, kompakt, politisch«. Und der erste virtuelle FES-Roboter »e-Bert« gibt seit dem Sommer Jugendlichen spielerisch Hinweise, wie sie beim Thema Europa gegen rechte Parolen argumentieren können.

Gezielte Social-Media- und Kommunikationsstrategien verhelfen unseren Publikationen zu erheblicher Medienresonanz und damit Verbreitung in der Gesellschaft. In exklusiver Partnerschaft mit führenden Medien, darunter Spiegel online und Zeit, erreichte zum Beispiel die Wiederauflage des sozioökonomischen Disparitätenberichts am Tag seiner Veröffentlichung über 1,2 Millionen Klicks. Alle Leitmedien des Landes zitierten über das gesamte Jahr 2019 hinweg die Ergebnisse der »Mitte-Studie«, die in regelmäßigen Abständen untersucht, wie weit rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen sind. Und der inzwischen prominent etablierte Kongress »Digitaler Kapitalismus« erzielte mit seiner Liveberichterstattung im Netz ein Rekordergebnis von knapp 14.000 Zugriffen.

Trotz der wachsenden Notwendigkeit politischer Bildungsarbeit wird die Stiftung ihre Aktivitäten mittelfristig an schwierigere finanzielle Rahmenbedingungen anpassen müssen. Wir werden jede Anstrengung unternehmen, unsere Leistungsfähigkeit auch mit geringen Ressourcen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern durch innovative Herangehensweisen, Fokussierung und Prioritätensetzung kontinuierlich zu verbessern. Zugleich soll unsere Arbeit nach außen noch besser kommuniziert werden, um auf dem lauten Marktplatz der Ideen weithin Gehör zu finden.

Das Jahr 2020 wollen wir trotz der Herausforderungen, die das COVID-19-Coronavirus darstellt, nutzen, um die Weichen dafür zu stellen, dass die FES als politische Stiftung der

Sozialen Demokratie weiter »spitze« bleibt: als führende Institution der politischen Bildungsarbeit; als weltweit hervorragend gelisteter Thinktank; als weltumspannendes Netzwerk der Sozialen Demokratie; als erfolgreiches Begabtenförderungswerk; und als einflussreiche Stimme im zeitgeschichtlichen und erinnerungspolitischen Diskurs.

Die unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie unvermindert solidarische Arbeit im Vorstand, die Mitgliederversammlung und das Kuratorium ebenso wie unsere hoch motivierten und fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lassen uns zuversichtlich auf die kommenden Herausforderungen schauen. Die hervorragenden Beziehungen zu unseren Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland in Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur geben uns Kraft und Inspiration für eine erneuerte Solidarität in der Welt nach Corona. Mit Entschlossenheit und der Überzeugung, dass die Sozialdemokratie die besseren Antworten für die gesellschaftliche Zukunft hat, werden wir sie gemeinsam meistern.

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.

Vorsitzender

Dr. Roland Schmidt

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Berlin/Bonn im Mai 2020

Politische Bildung weltweit





PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

FÜR EIN BESSERES MORGEN

Zukunftsweisende Ideen für die großen Herausforderungen unserer Zeit

Unsere Gesellschaft steht vor tief greifenden Herausforderungen: soziale Ungleichheit, schwindender Zusammenhalt, die Digitalisierung von Arbeit und Wirtschaft, Migration und Integration, Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, die Zukunft der EU und nicht zuletzt die Klimakrise. Mit dem Projekt »Für ein besseres Morgen« hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zukunftsweisende Lösungsvorschläge für die Politik entwickelt.

Nicht erst seit der Corona-Krise ist klar: Als Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit reichen punktuelle politische Einzelmaßnahmen und »gute Sachpolitik« nicht aus. Die Politik muss langfristig angelegte Strategien entwickeln. Und damit die Menschen bereit sind, diese Politik zu unterstützen, muss sie in überzeugende, zukunftsweisende politische Erzählungen eingebunden sein. Wie soll unsere Gesellschaft in zehn, zwanzig Jahren aussehen? Wofür sind wir bereit, zu kämpfen? Und warum ist es die Soziale Demokratie, die die richtigen Antworten hat?

Mit dem Projekt »Für ein besseres Morgen« hat die Friedrich-Ebert-Stiftung versucht, einen Beitrag zu diesen Debatten zu leisten. Über den Zeitraum von zwei Jahren (2018–2020) hat die Stiftung unter Mitwirkung sämtlicher Arbeitseinheiten und mehrerer Landes-, Regional- und Auslandsbüros Erzählungen zu sechs langfristig relevanten Politikfeldern erarbeitet: Demokratie und sozialer Zusammenhalt, Digitalisierung, Europa, Integration, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Europa muss sozialer werden

Den Auftakt machte das Thema Europa. Im Vorfeld der EU-Wahl im Mai 2018 hob die Umfrage »Was die Deutschen von Europa erwarten« sozialdemokratische Fragen in Bezug auf Europa auf die öffentliche Agenda. Die Studie zeigte, dass eine Mehrheit der Deutschen die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in Europa als großes Problem sieht. Darauf aufbauend, folgten in den kommenden Monaten Studien zur wirtschaftlichen Polarisierung in Europa, zu Wachstum und Wohlstand im Euroraum und zu den Auswirkungen europäischer Wirtschafts- und Strukturpolitik auf die Lebensverhältnisse in einzelnen Bundesländern. Die Regional-

studie entstand unter Federführung der FES-Büros in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Die Relevanz für die Landesebene war für das gesamte Projekt von besonderem Interesse, die Landesbüros wurden daher intensiv eingebunden. Die dramaturgische Abfolge der Studien machte es möglich, das Thema über Wochen und Monate zu erzählen. Die Ergebnisse wurden dabei jedes Mal gezielt für Interessierte in der Politik aufbereitet. Dazu kam eine intensive Pressearbeit, sodass über einen Großteil der Veröffentlichungen in den Leitmedien und der regionalen Presse berichtet wurde und er somit Eingang in die öffentliche Debatte fand.

Einwanderung ja, aber pragmatisch

Auch in das Themenfeld Migration und Integration stieg das Projekt mit einer Umfrage ein: »Das pragmatische Einwanderungsland – was die Deutschen über Migration denken« zeigte, dass Menschen hierzulande mehrheitlich offen für Zuwanderung sind, insbesondere die von Fachkräften und politisch Verfolgten. Daran anknüpfend, wurde untersucht, woran es liegt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung kaum repräsentiert sind, und welche Ideen es gibt, das zu ändern. Schließlich die Frage, wie wir gute Strukturen für alle in Deutschland schaffen können – was uns als Gesellschaft zusammenhält – vor allem in den Bereichen Schule, Ausbildung, Beschäftigung und Wohnen. Auch hier waren Landes- und Regionalbüros eingebunden: Das Julius-Leber-Forum etwa veranstaltete im schleswig-holsteinischen Ahrensburg das erste Bürgerforum zu strittigen Fragen der Migrations- und Integrationspolitik. Mit diesem partizipativen Angebot gelang es, auch Menschen mit kritischen Einstellungen einzubeziehen.

Das Vertrauen in die Demokratie stärken

Das Teilthema »Demokratie und sozialer Zusammenhalt« startete mit einer Neuauflage des sozioökonomischen Disparitätenberichts. Anhand von Karten und einer ganzen Reihe von Indikatoren illustrierte die Studie wie ungleich unser Land ist, bis hinunter auf die Kreisebene. Die Autor_innen machen konkrete Vorschläge, um wachsenden Disparitäten entgegenzuwirken, insbesondere durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Ziel der Studie war es, Impulse zu geben für die Regierungskommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«. Und tatsächlich wurde die Studie im Vorfeld der Veröffentlichung des Kommissionsberichts über viele Tage in den Leitmedien und der regionalen Presse intensiv diskutiert.

Auch die Studie »Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?« erregte Aufmerksamkeit. Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und ihren Beteiligungsmöglichkeiten, insbesondere unter sozial schlechtergestellten Menschen, zeigt dringenden Handlungsbedarf gerade für die Soziale Demokratie. Vorschläge, wie das Vertrauen der Menschen gestärkt werden kann, machen die Studien zu Beteiligungsräten auf Bundesebene und zum präsenten Sozialstaat. Wirkliche Demokratie kann es schließlich nicht geben ohne vollständige Geschlechtergerechtigkeit, ein Kernanliegen der Sozialen Demokratie. Die Studie »Gute Politik für Frauen in prekären Lebenslagen in Ost- und Westdeutschland« liefert wichtige Hinweise für die Modernisierung des Sozialstaates und die politische Kommunikation der Sozialen Demokratie.

Ein sozialer Weg in eine nachhaltige Zukunft

Die derzeit viel diskutierten Themen Ökologie und Nachhaltigkeit sind nicht zuletzt soziale Themen. Vor allem die Energiewende und die rasanten Neuerungen bei der Mobilität bringen enorme soziale Herausforderungen mit sich, bieten aber auch Chancen für ein besseres Leben und neue Arbeitsplätze, wie FES-Studien zeigen: »Die Debatte um den Klimaschutz. Mythen, Fakten, Argumente« analysiert verbreitete Sorgen und bewusste Falschinformationen. Die Studie »Jobwende« widerlegt die Behauptung, dass Klimaschutz nur auf Kosten von Arbeitsplätzen zu erreichen ist. Im Rahmen des Kongresses »Mobilitätswende« und des internationalen »Mobility Lab« im Mai in Berlin wurden Wege zu einer nachhaltigen und inklusiven Mobilität diskutiert. In der



Workshopreihe »Gutes Leben 2050« entwickeln die FES-Landesbüros zusammen mit den Menschen vor Ort Szenarien für eine nachhaltige Zukunft.

Digitalisierung nicht geschehen lassen, sondern gestalten

Die Digitalisierung verändert unser Leben, unsere Arbeit und die gesamte Wirtschaft grundlegend. Mit der Umfrage »Zeit für ein Update. Welche Digitalisierung wollen wir?« fragt die FES in der Bevölkerung nach Sorgen und Hoffnungen in Bezug auf diese Entwicklung. Dass es stets die Soziale Demokratie ist, die auf große Umwälzungen fortschrittliche und soziale Antworten geliefert hat, zeigt eine historische Studie. Wie aber verändert die Digitalisierung schon jetzt die deutsche Wirtschaft? Eine weitere Studie legt dar, wie es um die Marktmacht und den Finanzialisierungsgrad deutscher Digitalunternehmen steht und wie diese Tendenzen die Ungleichheit vergrößern können. Konkrete Lösungsvorschläge machen Konzepte für eine neue Form des BAföG, Vorschläge für eine Pflicht zur Datenteilung und eine Vision für ein Europa, das einen digitalen Humanismus vorantreibt.

Das »Projekt für ein besseres Morgen« zeigt, dass all diese großen Herausforderungen ähnliche Lösungsansätze erfordern. Die Menschen sind offen für Veränderung, wenn die Politik glaubhaft dafür sorgt, dass nicht nur einige wenige profitieren. Demokratische Politik muss bestehende Ungleichheiten abbauen und den Menschen zeigen, dass sie darauf hinarbeitet, eine bessere Zukunft nicht für die wenigen, sondern für die vielen zu schaffen.

Mehr zum Projekt finden Sie unter www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen

Kapitel 1: Die belagerte Demokratie

In der zweiten Runde unserer Reihe What's Left haben wir uns auf die Suche nach einem zeitgemäßen linken Gerechtigkeitsentwurf begeben. Prof. Dr. Stefan Gosepath, Professor für praktische Philosophie an der FU Berlin, Katja Urbatsch von Arbeiterkind.de und Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender (v. l. n. r.), diskutierten über Idee und Realität der gerechten Gesellschaft.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen und Einstellungen gefährden zunehmend die Demokratie – in Deutschland wie in vielen anderen Ländern der Welt. Damit geraten zentrale Werte der Sozialen Demokratie wie Solidarität, Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit unter Druck. Die Friedrich-Ebert-Stiftung klärt mit Veranstaltungen und Publikationen auf und wirbt in vielfältigen Formaten für eine soziale, demokratische Politik und Gesellschaft.

Für sachliche Debatten offline und online

Die Gefahr für die Demokratie durch populistische Parteien und Bewegungen wird immer offensichtlicher. Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen sind auch in der Bevölkerung weitverbreitet und führen immer häufiger zu Gewalttaten. So zeigt sich in der Realität, was die neue FES-»Mitte-Studie« empirisch dokumentiert. »Verlorene Mitte – Feindselige Zustände« war der viel diskutierte Titel. Das Echo war gewaltig, bis hin zu persönlichen Bedrohungen der Autor_innen. Durchweg sachlich blieben indes die Diskussionen über die alarmierenden Befunde bei Veranstaltungen aller FES-Landesbüros. Die im April erschienene Studie ist weiterhin stark nachgefragt.

Allen voran im Internet vergiften Hassrede und verbale Angriffe die Diskurskultur. Beim Berliner »No Hate Speech« Kongress brachte die Stiftung im April diejenigen zusammen, die sich gegen Hass im Netz engagieren. Die Gäste erörterten ihre politischen Forderungen mit dem netzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jens Zimmermann. Wie kontroverse Diskussionen auch im Internet sachlich und respektvoll geführt werden können, macht das FES-Debattenportal sagwas.net vor und erhielt dafür in der Kategorie »politische Meinungsbildung« den Wolfgang-Heilmann-Anerkennungspreis der Integrata-Stiftung.

In der analogen Welt veranstaltet die FES seit 2018 die Debattenreihe »What's Left?« über Zukunftsvisionen für die Soziale Demokratie. Im Februar diskutierten junge Menschen mit dem Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert über Gerechtigkeit als Grundwert. Auch die

dritte Ringvorlesung der Akademie für Soziale Demokratie hatte die zentralen Zukunftsfragen der Demokratie zum Thema. Sie endete mit Vorträgen der Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission Gesine Schwan, des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch und der Gründerin des European Democracy Lab in Berlin Ulrike Guérot. Eine vierte Reihe mit dem Titel »Nur Utopien sind realistisch« startete im Wintersemester.

Mehr Beteiligung wagen

Beteiligungsformate gewinnen an Bedeutung, um das Vertrauen der Bürger_innen in Politik und Demokratie zu stärken. Daher verzahnt die Stiftung politische Bildung und Beratung enger miteinander. So entwickelte die Veranstaltungsreihe »Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?« Ideen für ein starkes Ostdeutschland. Mithilfe eines Workbooks und eines Films wurden die Ergebnisse in den politischen Diskurs im Vorfeld der ostdeutschen Landtagswahlen eingespeist. Das BayernForum brachte in mehreren





Für ein friedliches und solidarisches Miteinander

Wenn die Demokratie unter Druck gerät, kommt es auf jede_n Einzelne_n an, um für ein friedliches und solidarisches Miteinander zu werben und die Soziale Demokratie als tragende Säule zu erhalten. Die »Werkstatt Junge Soziale Demokratie« ermöglicht Stipendiat_innen eine exklusive Schulung über »Grundwerte der Sozialen Demokratie«. Beim Auftaktseminar im Oktober gaben erfolgreiche FES-Ehemalige Orientierung und Argumentationshilfen. Über 200 Stipendiat_innen aller 13 akademischen Begabtenförderwerke der Bundesrepublik nahmen an der ersten gemeinsamen Sommerakademie »Demokratie gestalten!« teil. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier debattierte als Schirmherr mit ihnen über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Europa. Die Stärkung der Sozialen Demokratie durch Angebote für die ehemaligen Stipendiat_innen ist auch ein wichtiges Ziel unserer Alumni-Arbeit. 2019 gab es in der Türkei, Polen und Wien Dialogprogramme zu Themen wie Migration, Rechtspopulismus, bilaterale Beziehungen zu Deutschland und europäische Integration.

Der Umgang mit Geschlecht und Vielfalt berührt Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit und ist daher in der FES eine Querschnittsaufgabe. Veranstaltungen in allen Landesteilen stärken Frauen und sensibilisieren für Geschlechtergerechtigkeit. Als erstes Bundesland hat Brandenburg ein Paritätsgesetz verabschiedet. Nun hat sich in Berlin ein Netzwerk von Frauenorganisationen gegründet, das vom Forum Berlin koordiniert wird und die gleichberechtigte Teilhabe in der Bezirks- und Landespolitik zum Ziel hat. Für ein Berliner Paritätsgesetz sprachen sich Expert_innen auf der Konferenz »Frauen MACHT Berlin« Ende Oktober aus. Das Fachreferat Politik und Gesellschaft der FES begleitete die Diskussion um Paritätsgesetze auch in anderen Bundesländern mit Vorträgen und Publikationen.

Frische Formate für junge Bürger_innen

Bei Poetry-Slams (auf Deutsch etwa »Dichterschlachten«) treten Menschen mit eigenen Texten gegeneinander an – ein Format, das insbesondere junge Leute anspricht. »Demokratie stark machen« lautete das Motto der diesjährigen Poetry-Slam-Reihe des Landesbüros NRW, bei dem Jugendliche aus fünf Ruhrgebietsstädten ihre Gedanken vortrugen. Vielfältige Aktionsformen bot das Demokratiecamp des Forums Jugend und Politik Mitte Juli in Berlin für 24 junge Aktive aus ganz Deutschland, unter anderem Storytelling,

Städten Menschen zusammen, die entweder schon eine Idee hatten oder neue Ideen etwa zu Nachhaltigkeit, Mobilität oder zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort entwickeln wollten.

Ein unkonventionelles Format wählte das Landesbüro Hessen: Unter dem Titel »Nichts ist so, wie es scheint« spielte das Forumtheater des Vereins arco Wiesbaden im Juni Szenen zum Themenbereich Ausgrenzung, Konflikt und Toleranz an, die dann gestoppt wurden, um das Publikum einzubeziehen – eine Methode, die gut ankam und möglicherweise länger nachwirkt, als klassische Veranstaltungen dies vermögen.

Politische Beteiligung beginnt in der Kommune. Mehrere FES-Landesbüros unterhalten daher KommunalAkademien, um Bürger_innen in ihrem kommunalpolitischen Engagement zu stärken. Bei der Kommunalwahl 2019 in Baden-Württemberg kandidierten 117 Absolvent_innen der KommunalAkademie des Fritz-Erler-Forums, von denen die Hälfte auch gewählt wurde, in der Mehrzahl Frauen – ein sichtbarer Erfolg der speziell auf Frauen zugeschnittenen Angebote der KommunalAkademie. Ähnliche Angebote gab es in Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo 2020 Kommunalwahlen stattfinden. In Schwerin, Güstrow und Neustrelitz brachte das Format »Pizza und Politics« Bürgermeister_innen und Landtagsabgeordnete mit Jugendlichen zusammen, die bislang wenig Zugang zu politischen Fragen hatten. Das Landesbüro in Schwerin rief die »Tage der politischen Bildung« ins Leben, die Menschen animierten, sich zum Teil erstmals mit politischer Bildung zu beschäftigen.

ein Kurzplanspiel, eine Floßbauaktion als Teamaufgabe sowie ein Projektlabor, in dem die Jugendlichen Pläne für ihr Engagement schmiedeten.

Politische Bildung an Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Eine Studie der FES auf Grundlage einer Umfrage unter Schüler_innen aller Schulformen ergab, dass politische Bildung an Gymnasien besser vermittelt wird als an anderen Schulen. Die Studie mit dem Titel »Wer hat, dem wird gegeben« wurde in sieben Bundesländern präsentiert und erfuhr eine breite mediale Resonanz.

Auch auf dem Balkan richtet sich die FES mit vielen Formaten insbesondere an Jugendliche. So wurde in Albanien eine Jugendstrategie für die Hauptstadt entwickelt und von Oberbürgermeister Erion Veliaj öffentlich vorgestellt. Sie gibt jungen Menschen erstmals die Möglichkeit zur inklusiven Partizipation – vor dem Hintergrund hoher Jugendarbeitslosigkeit und verbreiteter Neigung, auszuwandern, ein wichtiges Signal. Die FES-Jugendstudie Slowenien, die im April vorgestellt wurde, bringt die mangelnden Beschäftigungsperspektiven auf dem slowenischen Arbeitsmarkt in Zusammenhang mit der Abwanderung Jugendlicher nach Westeuropa. Die Studie stieß auf großes Interesse, ebenso wie die FES-Jugendstudien in Kroatien und Nordmazedonien.

Nicht immer vermögen Zahlen und Fakten Menschen von politischen Notwendigkeiten zu überzeugen. Seit einigen Jahren forschen Expert_innen daher zu kognitiven Deutungsrahmen, auch Frames genannt, und deren Wirkmächtigkeit. Dies thematisierte die Akademie Management und Politik in einem Workshop auf dem Sommerkongress der Fridays-for-Future-Bewegung mit 1.500 Teilnehmenden in Dortmund. Hier erfuhren etwa 90 junge Aktivist_innen, wie sie politisches Framing für ihre Anliegen nutzen können. Beim neuen Planspiel »Act now! Faire Wege aus der Klimakrise« im Juli in der FES Bonn schlüpften junge Kfz-Mechatroniker_innen und Elektrotechniker_innen zwei Tage lang in die Rollen von Entscheidungsträgern und Interessenvertretern und verhandelten über eine Verkehrs-, Energie- und Agrarwende in einem fiktiven Land.

Demokratieperspektiven im Ländervergleich

Die Demokratie braucht nicht nur hierzulande starke Fürsprecher. In Prishtina unterstützte die Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai den zweiten Kongress der Bürgerplattform »Kosovo We Want!« für ein sozialdemokratisch geprägtes Gesellschaftsmodell, diesmal in der Fußgängerzone. Über 250 Personen nahmen teil, darunter Vertreter_innen meh-



rerer sozialdemokratischer Parteien. Viele Fußgänger_innen kamen spontan hinzu und der Livestream wurde über 45.000-mal angeklickt.

Das FES-Büro Madrid beteiligte sich im Oktober an der Jahrestagung des »Club de Madrid«, in dem sich ehemalige Präsident_innen und Regierungschef_innen aus aller Welt austauschten. Im 30. Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer zogen sie eine eher düstere Bilanz der weltweiten Bemühungen um Demokratisierung. Auch eine Konferenz an der Georgetown University in Washington, D. C., am 9. November blickte zurück auf den Fall der Mauer und fragte nach den historischen Lehren und den daraus folgenden Visionen für eine liberale und gerechte Weltordnung.

Der erstarkende Rechtspopulismus stellt Politik und Gesellschaften europaweit vor große Herausforderungen. Die Konferenz »Populismus in Europa« der FES Bukarest analysierte vor den Europawahlen anhand von Fallstudien aus sechs EU-Ländern Entstehungsgründe und Gegenstrategien. Mit Veranstaltungen in Brüssel und Helsinki Anfang 2019 ging das Projekt »Reclaiming action – Progressive Strategien in Zeiten starker Rechtspopulisten« der FES Stockholm zu Ende. Es verglich die Strategien sozialdemokratischer Parteien im Umgang mit Rechtspopulisten in Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen und Deutschland. Die daraus entstandene Studie wurde über 3.000-mal heruntergeladen. Auf Einladung der FES Italien kamen im September Wissenschaftler_innen und Politiker_innen aus zwölf Ländern in Florenz zum »European Forum on the future of political parties« zusammen, um zu besprechen, welche Folgen der Aufstieg populistischer Parteien für die sozialdemokratischen Parteien hat.

Das Programm zur Medienfreiheit in Bosnien-Herzegowina fand erneut ein großes Echo. Dazu wird jedes Jahr eine empirische Studie zum Stand der Pressefreiheit erstellt und am Tag der Medienfreiheit in Sarajevo und Banja Luka öffentlich diskutiert. In diesem Jahr standen Angriffe auf Journalist_innen sowie der politische und ökonomische Druck auf die Medien im Mittelpunkt. In Deutschland analysierte die im Mai von der FES-Medienpolitik veranstaltete Berliner Tagung »Demokratie braucht Medien« die Situation der Pressefreiheit und -vielfalt sowie das Vertrauen in Medien.



Aufbruch in die Demokratie

2019 war ein Schlüsseljahr, um an historische Ereignisse zu erinnern, aus denen die lebendige deutsche Demokratie hervorgegangen ist. Die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik 1919, das Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, Willy Brandts Wahl zum ersten SPD-Bundeskanzler 1969 und der Fall der Mauer am 9. November 1989. Die Friedrich-Ebert-Stiftung nutzte die runden Jahrestage der Demokratiegeschichte für bundesweite historisch-politische Veranstaltungen, die Erinnerung und Gegenwart gleichermaßen in den Blick nahmen.

In den Formaten der historisch-politischen Bildung 2019 ging es nicht nur um die historischen Errungenschaften, sondern immer auch um aktuelle Gefährdungen der Demokratie durch Rechtspopulisten. Deshalb wurden sie von einer »Empfehlung an die politische Bildung« des Archivs der sozialen Demokratie in Form einer Handreichung begleitet, um den geschichtspolitischen Argumentationsmustern und damit der Geschichtsklitterung entgegenzuwirken. Am 11. August 1919 unterzeichnete Friedrich Ebert im kleinen thüringischen Städtchen Schwarzburg die Weimarer Verfassung. Die FES würdigte ihren Namensgeber nicht nur mit einer Online-Biografie, das Erfurter Büro richtete auch auf der Schwarzburg für rund 1.500 Gäste ein Verfassungsfest aus. Das Landesbüro Hessen erinnerte mit der Veranstaltung »Risse in der Republik« ebenfalls an das Erbe Friedrich Eberts und beleuchtete Parallelen und Unterschiede zwischen der Demokratie der Weimarer Republik und der der Bundesrepublik. Die Weiterentwicklung der historischen Rückschau erfolgte auch anlässlich des 50. Jahrestags des politischen »Macht-

wechsels« von 1969. Die historische Abteilung der FES blickte auf die Erfolge der sozial-liberalen Koalition zurück und diskutierte mit Spitzenpolitiker_innen aus SPD und FDP über die Zukunft von Reformprojekten, die unter Willy Brandts Leitmotiv »Mehr Demokratie wagen« standen: Mitbestimmung in den Betrieben, Ausbau und Öffnung des Bildungswesens, Stärkung des Sozialstaats.

Auch der Zeitsprung in das Jahr der friedlichen Revolution 1989 rückte eine erneute Phase des demokratischen Aufbruchs in den Mittelpunkt vieler FES-Bildungsformate. Einerseits wurde in Zeitzeugengesprächen der oppositionelle Mut der DDR-Bürger_innen gewürdigt, andererseits wurden aber auch die Problemlagen unterschiedlicher Wendeerfahrungen thematisiert. Die Berliner Veranstaltungsreihe »Zur Lage der Generationen« und das 30. Bautzenforum stellten einmal mehr die Frage nach dem Umgang mit dem SED-Unrecht in der kollektiven Erinnerung. Zahlreiche Mitwirkende waren sich einig, dass die Rückschau auf die DDR nicht allein Leid, Opfer und Unterdrückung thematisieren dürfe, sondern die gesamte Lebenswelt der Menschen in den Blick nehmen müsse.

Dass die historisch-politischen Themen 2019 auch eine junge Zielgruppe ansprechen konnte, zeigte sich unter anderem am Erfolg der Studienreise für Auszubildende mit dem Titel »Dein Deutschland – wie Geschichte uns prägt und wir unsere Zukunft gestalten« nach Berlin, den die Akademie für Weiterbildung organisiert hatte. Auch setzten sich Schüler_innen in einer vom Fritz-Erler-Forum Stuttgart organisierten »Heimatkundestunde« mit Schulbüchern aus der DDR auseinander und spürten der Frage nach Anpassung, Autorität und Widerstehen nach. Dabei entdeckten sie einmal mehr den unschätzbaren Wert einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Kapitel 2: Integration fördern und Perspektiven schaffen

Auf der Fachtagung: »Eigene Fähigkeiten einbringen und weiterentwickeln« wurde in der Arbeitsgruppe »Heterogene Qualifikationen und Kompetenzen = heterogene Bedarfe und Herausforderungen« lebhaft diskutiert.

70,8 Millionen Menschen sind laut UNHCR weltweit auf der Flucht – ein trauriger Rekordwert. Die Gründe sind vielfältig: Klimawandel, Naturkatastrophen, Kriege oder die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die weltweiten Wanderungsbewegungen betreffen alle Staaten und Gesellschaften – und müssen langfristig und gerecht gestaltet werden. Flucht, Migration und Integration sind kontinuierlich Schwerpunkte der Arbeit der FES.

Vom Einwanderungsland zur Republik der vielen

In Deutschland hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung durch Einwanderung in den letzten Jahrzehnten verändert, was gegensätzliche Reaktionen hervorruft: Einerseits wird Zuwanderung als Chance begriffen; andererseits provoziert sie Ängste und Ablehnung. Um weiterer Polarisierung entgegenzuwirken, muss Migration langfristig und gerecht gestaltet werden. Hier setzt die Arbeit der FES zu Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik sowie zu Fluchtursachen an.

Die FES setzt sich seit jeher für eine Integrationspolitik ein, die allen Menschen in Deutschland gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Was es braucht, damit der Schritt vom Einwanderungsland zur gemeinsamen Republik der vielen gelingt, debattierten unter anderen Sawsan Chebli, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, und Ferda Ataman, Sprecherin der Neuen Deutschen Organisationen, im Juni in Berlin.

Im Vordergrund der Bemühungen steht die Integration der neuen Mitbürger_innen in den Arbeitsmarkt. Daher thematisierte die FES bei mehreren Tagungen die Sprachförderung sowie neue rechtliche Regelungen wie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Unter dem Titel »Eigene Fähigkeiten einbringen und weiterentwickeln« berieten 120 Vertreter_innen von Projektträgern, Kommunen, Politik und Verwaltung auf Einladung der FES in Berlin darüber, wie geflüchtete Frauen bei der Integration in den Arbeitsmarkt besser unterstützt werden können.

Um das »Dazugehören« geht es auch in dem Buch »Eingedeutscht – Die schräge Geschichte unserer Integration«, das der Co-Autor und FES-Stipendiat Abdul Abbasi in Hessen und Nordrhein-Westfalen vorstellte. In NRW diskutierte der aus Syrien stammende Zahnmedizinstudent anschließend mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Lale Akgün über den Stand der Integration in Deutschland.



Bei der Migrationsdebatte muss es stets sowohl um das Potenzial als auch um die Herausforderungen von Migration und Integration gehen. Das thematisierte eine Veranstaltung in Chemnitz im März mit dem Islamismusexperten Ahmad Mansour. Er zeigte auf, welche Maßnahmen zum Beispiel an Schulen gegen muslimischen Antisemitismus helfen würden und wie verhindert werden kann, dass Integration scheitert.

Auf die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, bei denen die migrationsfeindlichen Rechtspopulisten stark abschnitten, reagierte die FES mit zahlreichen Veranstaltungen. Gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Migrations- und Integrationsforschung und dem Verein DeutschPlus gab sie etwa bei einer Diskussion im Oktober Bündnissen ein Forum, die sich für eine plurale, solidarische Gesellschaft einsetzen. In Thüringen loteten Engagierte und Gewerkschafter_innen gemeinsam die Chancen für postmigrantische Allianzen in Ost und West aus.

Mobilität in der globalisierten Welt

Migration ist kein zu lösendes Problem, sondern eine konstante Herausforderung. Vor dem Hintergrund sinkender Asylbewerberzahlen – die Ankunftszahlen lagen 2019 wieder auf dem Stand von 2014 – setzt die FES vor allem auf die Versachlichung der Debatte und politische Handlungsempfehlungen. Dazu wurde im Juni eine zehnköpfige Gruppe europäischer Migrationsexpert_innen zu einer Studienreise nach Tunis und Valletta eingeladen. Die Expert_innen konnten sich dabei über die Situation in Libyen und die Fluchtroute über das zentrale Mittelmeer informieren.

Wie Kommunen auf europäischer Ebene zur Umverteilung von Geflüchteten beitragen können, legte Gesine Schwan in Brüssel unter dem Titel »Kommunale Entwicklung und Integration von Flüchtlingen« dar. Im Oktober organisierte das Brüsseler Büro zusammen mit der Europaparlamentarierin Birgit Sippel zudem ein Briefing für Abgeordnete, bei dem afrikanische Perspektiven auf die Migration nach Europa diskutiert wurden.

Die FES-Publikation »Still divided but more open – Mapping European attitudes before and after the migration crisis«, erschienen im April, wurde von Leitmedien in ganz Europa zitiert. Die Daten des European Social Surveys auswertend, analysiert die Studie Einstellungen in 15 EU-Ländern. Die Auswertung zeigt, dass die Haltung in den letzten anderthalb Jahrzehnten europaweit erstaunlich unverändert blieb, mit einer leichten Verbesserung der Akzeptanz von Migrant_innen und Geflüchteten

nach 2015. Weiterhin ist die Ablehnung dort am größten, wo es kaum Zuwanderung gibt.

Um den Dialog zwischen den Herkunfts-, Transit- und Ankunftsändern von Arbeitsmigrant_innen zu fördern, unterstützt die FES das »Gewerkschaftsnetzwerk für Migration im Mittelmeerraum und Subsaharaafrika«, das Gewerkschafter_innen aus Nord- und Westafrika sowie Südeuropa zusammenbringt. Das Netzwerk von 29 Organisationen aus 16 Ländern setzt sich für eine proaktive, faire Regulierung von Migration ein, welche die Rechte von Migrant_innen sichert und ihre Potenziale anerkennt.

Die FES hat es sich mit ihren progressiven Partner_innen aus Gewerkschaften, Denkfabriken und Zivilgesellschaft zur Aufgabe gemacht, rechtebasierte und entwicklungsorientierte Ansätze in den Umsetzungsprozess des Globalen UN-Paktes für Migration einzubringen. Hierzu lud die FES gemeinsam mit ver.di zu einem Workshop mit Pflegefachkräften aus dem GIZ-Projekt »Triple Win« nach Berlin ein. Dabei wurden Erfahrungen der Fachkräfte ausgewertet, die aus den Philippinen, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Tunesien über das Projekt nach Deutschland gekommen sind. An praktischen Beispielen ließ sich bestätigen, dass solche Programme einen sicheren Weg der Migration darstellen.

Fluchtursachen verstehen lernen

Orientierung zum Thema Migration bietet das FES-Themenportal »Flucht, Migration und Integration«, ein zweisprachiges Angebot zu Migrationsfragen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Es ist eines der meistgenutzten Online-Angebote der Stiftung.

Jenseits von politischer Information können auch kulturelle Angebote helfen, Verständnis für Geflüchtete zu generieren. So zeigt das Theaterstück »Nach Europa«, das in Rostock und Schwerin gastierte, wie zwei Geflüchtete während ihrer Mittelmeerüberfahrt an ihren Erwartungen bezüglich Europa und an ihren eigenen Geschichten verzweifeln. Das aufrüttelnde Drama lädt zum Nachdenken über unsere »europäischen Werte« in Bezug auf die Situation von Flüchtenden ein und sensibilisiert für individuelle Fluchtgeschichten.

Einen Einblick in die Situation in Afghanistan gewährten die Filmabende »True Warriors« im März und Mai in Bayern. Mit den Regisseur_innen besprachen die Zuschauer_innen die Themen Krieg und Traumabewältigung sowie Möglichkeiten für Ehrenamtliche, Geflüchtete bei der Verarbeitung ihrer Erfahrungen zu unterstützen.

Kapitel 3: Dringend gesucht: der Sozialstaat der Zukunft

Deutschland und Europa stehen vor großen ökonomischen, ökologischen, sozialen und fiskalischen Herausforderungen. Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, Migration, demografischer Wandel, Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, Investitionsdefizite bei Infrastruktur und Wohnraum, Instabilität der Eurozone sowie sozioökonomische Divergenzen in der EU erfordern neue Antworten der Wirtschaftspolitik – zumal Strategien, die nur auf das freie Spiel der Marktkräfte setzen, sich als enttäuschend erwiesen haben.

Eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik sind nötig

Wie sieht ein gerechter, moderner Sozialstaat der Zukunft aus? Mit welchen Maßnahmen lässt sich die ökonomische Ungleichheit reduzieren? Wie kann die sozialökologische Transformation gelingen? Wie lassen sich die Herausforderungen der Digitalisierung und der Migration für Arbeitsmarkt und Sozialstaat meistern? Welche Regulierung brauchen die Finanzmärkte? Wie gelangt man zu mehr öffentlichen Investitionen und bezahlbarem Wohnraum? Welche Reformen sind für eine stabile Eurozone und mehr Konvergenz in Europa notwendig? Wie muss die Handelspolitik auf die Globalisierung und den zunehmenden Protektionismus reagieren? All diesen Fragen ging der internationale »Tag der progressiven Wirtschaftspolitik« am 15. Mai in der FES in Berlin nach – mit zahlreichen Expert_innen aus dem In- und Ausland und mehr als 600 Tagungsgästen.

Ein Jahrzehnt nach der globalen Finanzkrise sind die Auswirkungen der seither praktizierten Austeritätspolitik noch deutlich zu spüren. Sie beeinflusst nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale und die politische Entwicklung. Zusammen mit dem internationalen Forschungsnetzwerk »Austerity and its Alternatives« veranstaltete die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES im Februar in Berlin die Fachtagung »Austerity: Coping is not enough!«. Mehr als 50 Vertreter_innen von Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik aus dem In- und Ausland präsentierten

ihre Positionen zur Austeritätspolitik. Ein Ergebnis war die Forderung, das Primat der schwarzen Null und des Abbaus von Staatsschulden mittels Sparpolitik zu überwinden.

Mit einer anderen Wirtschaftspolitik speziell für die südlichen EU-Staaten befasste sich ein Workshop der FES Portugal in Kooperation mit der Res-Publica-Stiftung im Juni in Lissabon. Fachleute und Entscheidungsträger_innen aus acht Ländern formulierten progressive Positionen zur Verteidigung sozialer Standards gegen die Vorgaben der EU-Stabilitätspolitik. Diese Initiative unter Beteiligung der Europaabgeordneten Margarida Marques aus Portugal und Domènec Ruiz Devesa aus Spanien soll durch weitere Veranstaltungen kontinuierlich in die europäische Debatte hineinwirken.



#fpw19: Wie kann die sozial-ökologische Transformation gelingen?

WEITERE VIDEOS

1:28 / 43:57

YouTube

Eine ausführliche Dokumentation zum »Tag der progressiven Wirtschaftspolitik« mit Liveblog sowie Video- und Audiobeiträgen finden Sie hier:
www.fes.de/tag-der-progressiven-wirtschaftspolitik

Auch in Deutschland gibt es prekäre Lebensverhältnisse. Jedes fünfte Kind hierzulande lebt mindestens fünf Jahre lang dauerhaft oder wiederkehrend in Armut, was schlimme soziale und gesundheitliche Folgen haben kann. Zur Situation der betroffenen Kinder organisierte das FES-Landesbüro Niedersachsen Diskussionsveranstaltungen in sechs Städten.

Wer arm ist, dem sollten nicht zusätzliche Kosten aufgebürdet werden, etwa für die Energiewende. In Großbritannien und Deutschland wird gleichermaßen darum gerungen, die Energieversorgung sozial gerecht umzubauen. Darüber diskutierten auf Einladung der FES der Labour-Abgeordnete Alex Sobel, britische Gewerkschafter_innen und Umweltaktivist_innen mit Maja Göpel, der Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Bereits 2018 hatte die FES auch in den USA und Kanada das Thema »Just Transition« aufgenommen. Der transatlantische Austausch wurde diesen Sommer mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Mindrup und dem IG-BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis in Washington, Boston und New York fortgesetzt.

Da die FES seit 2017 eng mit Gewerkschafter_innen des US-Bundesstaates Alabama zum Thema Berufsausbildung kooperiert, konnten 2019 erneut Lokalpolitiker_innen, Kongressmitarbeiter_innen, Bürgerrechtler_innen und Gewerkschafter_innen während dreier Delegationsreisen in Deutschland erfahren, wie die duale Berufsausbildung funktioniert. Bei Veranstaltungen in Harvard und Alabama informierte die FES über die zentrale Rolle von Arbeitnehmervertreter_innen bei betrieblichen Entscheidungsprozessen, der industriellen Transformation und (dualen) Ausbildungsprogrammen.

Gute Arbeit gestern, heute und morgen

Als feste Größe im FES-Kalender hat sich der Kongress »Digitaler Kapitalismus« etabliert. Im Oktober fand er zum dritten Mal statt und brachte mehr als 800 Teilnehmer_innen aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in der FES Berlin zusammen. Ausge-



Volles Haus beim dritten Kongress »Digitaler Kapitalismus«.
Die Dokumentation aller drei Kongresse ist hier nachzusehen und -hören:
www.fes.de/digitalcapitalism

richtet wird der Kongress gemeinsam mit dem DGB, der Hans-Böckler-Stiftung, dem Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit, der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, den Blättern für deutsche und internationale Politik sowie Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte. Als zusätzlicher Partner kam in diesem Jahr die Foundation for European Progressive Studies hinzu. Namhafte Wissenschaftler_innen, Politiker_innen und Aktivist_innen diskutierten über die digitalen Umwälzungen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Auch bei zahlreichen Veranstaltungen in den Bundesländern bot die FES 2019 wieder ein umfangreiches Programm zu Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche.

Das Archiv der sozialen Demokratie blickte in diesem Jahr besonders auf die Projekte zur Humanisierung des Arbeitslebens der 1970er- und 80er-Jahre zurück, um mögliche Anknüpfungen für die aktuelle Debatte um Gute Arbeit aufzuzeigen. In historischer Perspektive wurden Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, der Qualifizierung und der Belastungen am Arbeitsplatz aufgearbeitet. Erste Ergebnisse präsentiert der Sammelband »Humanisierung der Arbeit. Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts«.

Kapitel 4: Die Institutionen alter Prägung polarisieren

Die Haltung in der Bevölkerung zur Europäischen Union ist ambivalent. Manche Menschen wenden sich ab, andere wünschen sich eine schnellere politische Integration des Kontinents. Die FES geht in ihrer Europaarbeit den Gründen für das Erstarken rechter Bewegungen nach und erarbeitet Impulse für eine progressive europäische Integration. Weltweit setzt sich die Stiftung für Frieden, Sicherheit und multilaterale Lösungsansätze für globale Fragen ein.

Junge Menschen für Europa gewinnen

Natürlich war die Wahl zum EU-Parlament 2019 das große Thema der Europa-Arbeit der FES. Insbesondere junge Leute will die Stiftung befähigen, sich kompetent für Europa zu engagieren. Das Spektrum der Formate reichte von Begegnungsveranstaltungen über Planspiele und Poetry-Slam-Wettbewerbe bis zu Exkursionen und Jugendkonferenzen. Zusammen erreichten die beiden Bildungsabteilungen Politische Akademie und Politischer Dialog mit rund 200 Veranstaltungen zum Thema Europa mehr als 7.000 junge Leute.

Die Wahl und die Wahlkämpfe der Parteien waren auch Gegenstand zahlreicher Publikationen der Arbeitseinheit Internationale Politikanalyse, darunter eine Studie, die Europawahlkämpfe verschiedener Parteien in den sozialen Medien analysiert. Die Erkenntnis: Wer junge Wähler_innen erreichen möchte, muss mit ihnen über Social Media interagieren und darf nicht nur Informationen senden. Um junge Zielgruppen anzusprechen, ließ das Athener Büro in Kooperation mit dem Goethe-Institut einen temporeichen Dokumentarfilm über das Erasmus-Programm drehen. Von anschließenden Debattierwettbewerben fühlten sich nicht nur Hunderte junge Griech_innen im überfüllten Athener Konferenzsaal angesprochen, sondern auch Nutzer_innen in anderen europäischen Städten, die die Debatten online verfolgten.

Wie junge Deutsche zu Europa stehen, analysierte der Blog »Europa – brauchen wir das noch oder kann das weg?«. Parallel dazu wurde die Workshopreihe »Rettet die (Europa-) Wahlen« neu konzipiert, die allein in Berlin über 1.300 Erstwähler_innen erreichte. Der Europaschwerpunkt »We-like.com« bereitete Informationen zur Europawahl jugendgerecht fürs Netz auf. Unterstützt durch den YouTuber Toni Piroso erreichte der Blog mehr als 130.000 Nutzer_innen. Ein FES-Video für Schüler_innen, das dazu aufrief, zur Europawahl zu gehen, erzielte auf YouTube weit über 100.000 Auf-

rufe. Das Debattenportal sagwas.net stellte im Mai unter dem Titel »Junge Utopien für Europa« vier proeuropäische Initiativen vor, die vom Engagement junger Menschen leben.

Im Nachgang zu den Europawahlen fand zum zweiten Mal der Workshop »Europe 2025 – junge Menschen gestalten Europa« auf dem Hambacher Schloss statt. Studierende präsentierten hier neu gewählten Europaabgeordneten ihre Vorschläge für die Themenfelder Umwelt, Soziales, Außenpolitik und institutionelle EU-Reformen. Mit einem Film über den Arbeitsalltag der drei jüngsten Europaabgeordneten von SPD, CDU und Grünen machte das Forum Jugend und Politik anschaulich, wie die Parlamentarier_innen auf EU-Ebene Politik gestalten.

Für ein offenes, soziales Europa

Die Erwartungen der Bürger_innen an die Europapolitik untersucht die Studie »Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich. Was die Deutschen von Europa erwarten«. Auch hier ist das Ergebnis eindeutig: Ein Großteil der Menschen wünscht sich politische Lösungen für die wachsenden Ungleichheiten in Europa und ist progressiven Ansätzen gegenüber sehr aufgeschlossen. Bei der FES-Konferenz »DEBATE.PROTECT.LIVE.EUROPE!« diskutierten im April in Berlin nationale und internationale Expert_innen über den Umgang mit Rechtspopulismus in Deutschland, Großbritannien, den USA und der EU.

Zum »Bestseller« wurde 2019 ein Bilderbuch des FES-Büros Schwerin zur Beziehungsgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns mit Europa. Anhand vieler Beispiele wurden jahrhundertealte und aktuelle Bezüge zwischen Kreisen und Städten Mecklenburg-Vorpommerns und europäischen Staaten aufgezeigt. Mit der Veranstaltungsreihe »Europa – friedlich, vereint und solidarisch« lud die FES in verschiedene Städte Thüringens, um im Vorfeld der Wahlen europäische Politikfelder zu diskutieren.

Das Archiv der sozialen Demokratie stellte in Kooperation mit dem Bonner Büro der Europäischen Kommission ein Kompendium von »Europas vergessenen Visionären« vor. Entlang der Biografien europäischer Denker_innen wurden Ansatzpunkte zur politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Stärkung Europas aktualisiert.

Das FES-Landesbüro NRW betrachtete Europa grenzüberschreitend: In Zusammenarbeit mit dem Institut Français und dem Polnischen Institut Düsseldorf organisierte es die Veranstaltung »Wie geht's weiter mit der EU? Ansichten aus Deutschland, Frankreich und Polen«. Mithilfe der Vertreter_innen der FES-Büros in Italien, Großbritannien, Ungarn und Österreich klärte das Regionalbüro in Regensburg vor der Europawahl über Europafeindlichkeit, Neonationalismus und Rechtspopulismus in diesen Ländern auf.

Beitrittsfragen hier, Austrittsfragen dort

Um die Folgen der Europawahl für Südosteuropa ging es bei der dreitägigen Konferenz im kroatischen Cavtat im Oktober. Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, dem Bundestag und den Parlamenten der Balkanländer erörterten auf Einladung der FES die Perspektiven derjenigen Staaten, die nun befürchten müssen, dass es auf mittlere Sicht keine Erweiterung mehr geben könnte. Es wurde auch diskutiert, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Südosteuropa jenseits der Beitrittsfrage vorangebracht werden können.

2018 hatte die Europäische Kommission eine stärkere Ausrichtung ihrer Erweiterungspolitik auf soziale Fragen an-

gekündigt. Dem folgten bisher jedoch kaum Taten. Der Regionale Dialog Südosteuropa der Stiftung organisierte vor diesem Hintergrund die Kampagne »The Social Dimension Initiative«, um etwa die EU-Verhandlungen zum Instrument für Heranführungshilfe, die sogenannten IPA-III-Verhandlungen, zu beeinflussen. Im Rahmen dieser Verhandlungen legt die EU ihre Ziele für die Förderung der Westbalkanstaaten fest. Entsprechende Botschaften sollen im kommenden Jahr unter anderem am Rande der Westbalkangipfel platziert werden, die von der kroatischen und deutschen Ratspräsidentschaft ausgerichtet werden sollen.

Im ganzen Jahr 2019 war der Brexit eines der großen Themen. Den europäischen Geist selbst in schwierigen Zeiten zu leben, war das Ziel der internationalen Jugendbegegnung unter dem Motto »Brexit and beyond«: Junge Europaaktive aus Deutschland trafen sich im März in London mit der britischen Jugendinitiative »MyLifeMySay«, um ihre Anliegen an die Austrittsverhandlungen zu formulieren. Unterstützt vom Londoner FES-Büro, entstanden in einem Begleitprogramm Videoclips darüber, was junge Menschen mit Blick auf die Zukunft Europas bewegt.

Auch das neue Fachbuch aus der Schriftenreihe Interdisziplinäre Perspektiven der Abteilung Studienförderung mit einem Vorwort von Katarina Barley hat den EU-Austritt Großbritanniens zum Thema. Die Beiträge der britischen und deutschen Autor_innen – darunter Vertrauensdozent_innen, Mitglieder des Auswahlausschusses, ehemalige und aktuelle Stipendiat_innen – behandeln Ursachen und Folgen des Brexits. Damit befassten sich auch diverse Diskussionsveranstaltungen im Inland, zum Beispiel mit Staatsminister Niels Annen in Hamburg, begleitet von einer Fotoausstellung junger britischer Fotograf_innen.

Ungleichheiten in Europa abbauen

Der Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten ist eine Aufgabe sozialdemokratischer Politik in allen europäischen Ländern. Die FES griff die von der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament initiierte programmatische Debatte auf und brachte im April europäische Sozialdemokrat_innen in Athen zu-



Anlässlich »100 Jahre ILO« forderte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann (re., mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil), dass eine verbindliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen endlich gesetzlich eingeführt werden müsse. Zudem gelte es, die bevorstehenden UN-Reformen dazu zu nutzen, dass Kernarbeitsnormen Grundlage aller UN-Organisationen werden.

sammen. Auf der Basis der Studie »Wellbeing for All in a Sustainable Europe« diskutierten sie über die Gestaltungsmacht progressiver Parteien bei der Schaffung eines sozial gerechten Europas. Über 1.000 Teilnehmende sowie Liveübertragungen im nationalen Fernsehen belegen das große Interesse an dieser Thematik.

Mit der 2018 begonnenen Veranstaltungsreihe »Reclaim Europe!« stärkt die FES Portugal die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in der EU. Bei zwei Fachgesprächen dazu formulierten NGO-Vertreter_innen Vorschläge für eine bessere Vernetzung der Zivilgesellschaft als Voraussetzung für ihre Mitgestaltung. Bei der Konferenz »Bezahlbares Wohnen für alle in Europa« in Lissabon forderten Entscheidungsträger_innen und Fachleute im November europäische Lösungen für die städtischen Ballungsräume.

Gewerkschaftsarbeit weltweit fördern

Am 100. Geburtstag der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) war nicht allen Beteiligten zum Feiern zumute. Denn die Rechte und Freiheiten von Gewerkschaften werden weltweit immer mehr beschnitten. Auf der von der FES, dem DGB und der Global Labour University anlässlich »100 Jahre ILO« in Berlin organisierten Konferenz forderte Arbeitsminister Hubertus Heil, dass die Kernarbeitsnormen fester Bestandteil von UN-Verträgen werden müssen. Mit der verabschiedeten Konvention zur Bekämpfung von Gewalt am Arbeitsplatz gab es auf der jährlichen Internationalen Arbeitskonferenz der ILO im Juni in Genf einen Lichtblick. Zusammen mit der FES nutzen Gewerkschafter_innen in Lateinamerika und im arabischen Raum dieses Momentum, um von ihren Regierungen die Ratifizierung der Konvention, Gleichberechtigung und ein Ende der Diskriminierung zu fordern.

Um die Durchsetzungskraft von Gewerkschaften zu stärken, führt die FES weltweit Programme zum Aufbau von Expertise und zur Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung durch. In Johannesburg organisiert das Trade Union Competence Centre der FES mit der University of the Witwatersrand ein zweimonatiges Intensivprogramm »GLU Engage«. Fast 50 Prozent der Absolvent_innen der GLU-Programme stammen aus Subsaharaafrika und über 70 Prozent arbeiten nach ihrem Abschluss in Gewerkschaftsorganisationen. Auch in Ländern wie Bangladesch oder Bahrain hilft die FES (zukünftigen) Gewerkschafter_innen, sich zu professionalisieren.



Für Demokratie, Menschenrechte und Multilateralismus

Sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen, wird in vielen Ländern der Welt immer gefährlicher. In Libyen unterstützte die FES zusammen mit der libyschen Partnerorganisation Defender Center for Human Rights die Gründung eines Netzwerks von Unterstützerorganisationen. In Myanmar hat die FES in Zusammenarbeit mit dem German Institute of Global and Area Studies (GIGA) und der Initiative Austausch ein einwöchiges politisches Bildungsprogramm für junge Menschen aus unterschiedlichen Parteien, Ethnien und Regionen entwickelt. Drei Teilnehmer fühlten sich dadurch ermutigt, ihre Kandidatur für die Parlamentswahl 2020 anzukündigen.

Nach der Wahl des ultrarechten Präsidenten Jair Bolsonaro im Vorjahr reiste die Vorsitzende der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe Yasmin Fahimi nach São Paulo und Brasília, um sich mit Mitgliedern der brasilianischen Opposition über die Zukunft der Demokratie in Lateinamerika und Europa auszutauschen. Für den Konflikt Venezuela brachte der Vizeaußenminister Uruguays Ariel Bergamino bei einer neuen sicherheitspolitischen Konferenzserie der FES in Kolumbien Vorschläge für eine friedliche Lösung ein.

Der einstige internationale Konsens, gemeinschaftlich und konstruktiv globale Herausforderungen zu bewältigen, bröckelt. Das belegen etwa die Kündigung des INF-Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme, handelspolitische

»My-Country-First«-Strategien oder die Iran-Krise. Vor diesem Hintergrund begleitete die FES das internationale sozialdemokratische Netzwerk mit zahlreichen Analysen zu Handelspolitik, Digitalisierung und Klimapolitik. Um internationalen Dialog weiterhin zu ermöglichen, unterstützt die FES den jährlichen »Global Solutions Summit« in Berlin, an dem in diesem März über 1.600 Personen aus 120 Ländern teilnahmen. Große Anerkennung erhielt die Stiftung als Gastgeberin der begleitenden fünftägigen Summer School für 80 junge Engagierte – die »Young Global Changers« – aus mehr als 60 Ländern, darunter 25 FES-Alumni.



Ethische und ökologische Standards für die Weltwirtschaft

Globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme erfordern gemeinsame Antworten. Neue Formen der politischen Steuerung zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele fordern die Verfasser_innen des »Spotlight Report on Sustainable Development«, den die FES im Juli bei der UNO vorstellte. Dieser einzigartige zivilgesellschaftliche Schattenbericht unterstreicht mit seinen Analysen, wie wichtig rechtlich bindende Verpflichtungen sind, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Die Diskussion über die Verantwortung von Unternehmen für die Wahrung der Menschenrechte geht in Deutschland mit Regierungsberatungen und einer breiten Kampagne der Zivilgesellschaft in ihre entscheidende Phase. Mit der Studie »Gesetzliche Verpflichtungen zur menschenrechtlichen Sorgfalt von Unternehmen im weltweiten Vergleich« hat die FES einen viel beachteten Beitrag zur Diskussion darüber geleistet, wie unternehmerische Sorgfaltspflichten auch in Deutschland gesetzlich verankert werden können.

Um neue Standards in der Weltwirtschaft ging es auch in der Social-Media-Kampagne »Fair Play im Welthandel«. Animationsfilme veranschaulichen, wie sich eine sozialdemokratisch gestaltete Handelspolitik positiv auf Arbeit und Umwelt auswirken kann – hierzulande und im globalen Süden. Gegen steuerliche Sonderlösungen für Techkonzerne und für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der internationalen Unternehmensbesteuerung setzen sich die bekannten Ökonomen Thomas Piketty und Joseph Stiglitz in der Unabhängigen Kommission zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) ein, mit der die FES seit Jahren kooperiert. Beim ICRICT-Jahrestreffen im September in Paris forderten sie die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer, die multinationale Konzerne als Ganzes in den Blick nimmt.

Die ökonomische Benachteiligung von Frauen zählt zu den gravierendsten Ungleichheitsproblemen unserer Zeit. Das weltweite FES-Projekt »The Future is Feminist« nimmt insbesondere die Auswirkungen der Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit in den Blick und formuliert Vorschläge zur Reduzierung von Ungleichheit. In Asien entwickelt die



Informationen, Erklärvideos und Publikationen zum Thema »Fair Play im Welthandel« finden Sie hier: www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/weltwirtschaft-und-unternehmensverantwortung/fairplay-im-welthandel

FES ein partizipatives Online-Instrument zum Thema »Women and the Future of Work«. Im Nahen Osten lanciert die FES in sozialen Medien erfolgreiche Podcast-Interviews zu sozialen und ökonomischen Herausforderungen für Frauen. Die arabischsprachige Serie mit zehn Folgen bietet feministischen Akteur_innen eine Plattform, mit der sie für ihre Themen werben können.

Weltweit haben dieses Jahr unzählige Menschen gegen die Erderhitzung protestiert. Im Vorfeld des kurzfristig von Chile nach Madrid verlegten Klimagipfels im Dezember diskutierte die ehemalige Umweltministerin Barbara Hendricks mit Partner_innen der FES in Chile und Uruguay über die Aufgaben des Staates bei der Energietransformation. Den Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft gingen FES-Studien in Tunesien und Marokko nach, wo Wassermangel bereits die Nahrungsmittelversorgung bedroht. Bei der von der FES unterstützten vierten Degrowth-Sommerschule in der Nähe des Tagebaus im Leipziger Land diskutierten mehr als 1.000 junge Menschen darüber, wie Klimaschutz und soziale Belange Hand in Hand gehen können.

Für Frieden und Sicherheit

Deutschlands internationale Politik erhält derzeit aufgrund des Sitzes im UN-Sicherheitsrat und der EU-Ratspräsidentschaft 2020 besondere Aufmerksamkeit. Auf der Tiergartenkonferenz, der außen- und sicherheitspolitischen Jahreskonferenz der FES, skizzierte Außenminister Heiko Maas Ende November vor rund 200 geladenen Gästen seine Agenda für das kommende Jahr und warb für die von ihm initiierte Allianz der Multilateralisten.

Militärische Interventionen für Sicherheit und Stabilität führen häufig dazu, dass Gewalt eskaliert und die betroffenen Regionen noch unsicherer werden. Gemeinsam mit den internationalen Organisationen Saferworld und Rethinking Security hat die FES ein zivilgesellschaftliches Netzwerk gegründet, um Alternativen aufzuzeigen. Entscheidend für Stabilität ist der Aufbau regionaler Konfliktvermeidungs- und Konfliktlösungsmechanismen. Die FES lud 25 Expert_innen aus ganz Afrika dazu ein, ihre Vorschläge zur strategischen Weiterentwicklung der afrikanischen Friedens-



und Sicherheitsarchitektur in einem Szenarienprozess weiterzuentwickeln. Dabei wurden Schlüsselfragen der institutionellen Ausgestaltung identifiziert und mögliche Antworten anschließend in die strategischen Debatten der Afrikanischen Union, aber auch Europas und der Vereinten Nationen eingespeist.

Den Dialog zwischen der jüdischen Mehrheit und der arabischen Minderheit in Israel zu fördern, war das Ziel eines Social-Media-Projekts der FES und der Partnerorganisation Givat Haviva. Die Videoclips, in denen arabische Bürger_innen von ihren Empfindungen erzählen, haben auf Facebook und Instagram bereits über 450.000 Menschen erreicht.

Die Kriege in Syrien, Irak und Libyen haben große Zerstörungen verursacht. Deutschland und die EU müssen klären, welche Rolle sie beim Wiederaufbau übernehmen werden. Die FES-Publikation »Reclaiming home – The struggle for socially just housing, land, and property rights in Syria, Iraq and Libya« untersucht die systematische Verletzung von Eigentumsrechten während kriegerischer Auseinandersetzungen sowie die daraus resultierenden rechtlichen und politischen Herausforderungen für den Wiederaufbau. Im Jemen, wo noch kein Ende des Krieges abzusehen ist, verfolgt die FES zusammen mit der Partnerorganisation Tahdeeth das Ziel, dass Rentner_innen ihre Bezüge wieder durch die jemenitische Zentralbank erhalten. Bei Ministerpräsident Main Abdulmalik Said sowie dem Büro des UN-Sondergesandten für den Jemen Martin Griffiths stößt das Projekt auf großes Interesse, da eine funktionierende Zentralbank und sozialer Ausgleich essenziell für eine Friedenslösung sind.

Kapitel 5:

Digitale politische Bildung

Die Digitalisierung verändert auch die Art und Weise, wie Menschen sich informieren und weiterbilden. Auf die neuen Nutzungsgewohnheiten reagiert die Friedrich-Ebert-Stiftung zunehmend mit digitalen Bildungs- und Beratungsangeboten.

28

Digitale Angebote erreichen andere Zielgruppen

Das neue Projekt »Digitale politische Bildung und Beratung« (»FES digital«) unterstützt die Kolleg_innen dabei, noch besser systematisch und zielgruppengerecht digitale politische Bildungs- und Beratungsangebote zu entwickeln. Dadurch erhöht die Stiftung ihre Reichweite und spricht neue Zielgruppen an, wie bereits jetzt Erfahrungen zeigen: So konnten mit Webinaren bis zu 50 Prozent Menschen erreicht werden, die zuvor keine Angebote in der FES wahrgenommen hatten. Darüber hinaus ist der Frauenanteil bei Webinaren höher als in Präsenzveranstaltungen.

Mit dem auf drei Jahre angelegten Projekt »FES digital« werden systematisch Veränderungsprozesse zur Digitalisierung der politischen Bildungsarbeit und Beratung vorangetrieben und durch Wissensmanagement und Fortbildungsprogramme begleitet. Die Nachfrage war so groß, dass nicht alle Interessent_innen in diesem Jahr geschult werden konnten; weitere Fortbildungen werden 2020 angeboten.

Für innovative digitale Projekte wurden über einen stiftungsinternen Innovationsfonds rund 140.000 Euro bereitgestellt. Damit konnten 2019 erste größere Digitalprojekte angestoßen und begleitet werden. So wurde etwa der messengerbasierte Nachrichtenversand »Der Rote Faden – täglich, kompakt, politisch« etabliert, der Hintergrundinformationen zu politischen Themen liefert. Der neue Podcast »Zukunft gerecht« bereitet Ergebnisse wichtiger FES-Studien in Hörstücken anschaulich auf. Auch das anlässlich der Europawahl eingeführte Chatprogramm »e-Bert« gehört zu den neuen Digitalformaten. Damit können Nutzer über Facebook oder eine App trainieren, sich mit europafeindlichen Äußerungen im Netz auseinanderzusetzen; ergänzend werden sie auf thematische Vertiefungsangebote der FES hingewiesen.

Politische Bildung offline und online verzahnen

Auch bei Ausstellungen setzt die FES mit Erfolg digitale Technik ein. So bot das Julius-Leber-Forum erstmals im Rahmen der Ausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« aufs Handy gesendete Informationen an. Das Archiv der sozialen Demokratie produzierte in Kooperation mit dem bei Jugendlichen einflussreichen Internetkommentator Mirko Drotschmann alias »MrWissen2Go« eine digitale Videoführung. Sie ermöglicht einen virtuellen Besuch der Archivräume und seiner historischen Materialien.

Zunehmend stellt die FES die Kernbotschaften ihrer wichtigsten Publikationen auch digital und interaktiv zur Verfügung. Dazu werden komplexe Sachverhalte wie zum Beispiel die weltweiten Sozialschutzsysteme (die sogenannten Social Protection Floors) mit einer interaktiven Weltkarte visualisiert. Diese erlaubt es Nutzer_innen, Finanzierungslücken sozialer Sicherungssysteme zu identifizieren und mit anderen Ländern zu vergleichen. Bei großen FES-Konferenzen fließen traditionelle und digitale Beteiligungsformen ineinander: Während Expert_innen auf dem Podium diskutieren, können die Zuschauer_innen, sei es im Saal per Handy oder zu Hause am Computer, Fragen an sie schicken. So lassen sich die Reichweite der aufwendigen Veranstaltungen erhöhen und die Diskussionen zeitgleich im Netz multimedial abbilden.



»e-Bert« – Unser Angebot für politische Bildung per Chat. Für alle, die sich für gute Debatten im Netz und darüber hinaus einsetzen möchten:
www.fes.de/politische-akademie/e-bert



»Der rote Faden« – Hier finden Sie unseren erfolgreichen Messenger-Kanal mit Kurznachrichten zu relevanten politischen Debatten & wichtigen Jahrestagen. Täglich, kompakt, politisch.
www.fes.de/der-rote-faden



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IM SPIEGEL DER PRESSE

01

FAZ
9. JANUAR 2019

Die Zahl der Privatschulen in Deutschland hat eine Rekordmarke erreicht. Im Schuljahr 2017/2018 gab es hierzulande 5839 allgemeinbildende und berufliche Privatschulen. [...]

Eine von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Studie zeigt jedoch, dass die Hoffnung auf eine bessere Privatschule oft nicht begründet ist. Die Autoren verglichen die Kompetenzen von Schülern öffentlicher und privater Schulen. Berücksichtigt man die unterschiedliche Zusammensetzung der Schülerschaft, gebe es kaum Unterschiede im Lernerfolg.

STERN
14. JANUAR 2019

Bei der Grundversorgung mit Strom und Gas könnten die Verbraucher in Deutschland nach Einschätzung der Friedrich-Ebert-Stiftung um jährlich mehr als eine Milliarde Euro entlastet werden. Möglich werden könne dies durch eine Ausschreibung der Grundversorgung durch die Netzbetreiber oder die Kommunen.

SPIEGEL
15. JANUAR 2019

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gilt als unverdächtig, mit Ideen des wirtschaftsliberalen Unionspolitikers Friedrich Merz zu sympathisieren. Dem Grunde nach verfolgt ein aktuelles Gutachten der Stiftung zur privaten Altersvorsorge jedoch das gleiche Ziel: Die Bürger sollen mehr Aktien kaufen.

VORWÄRTS
15. JANUAR 2019

Duensing ist enttäuscht über die strukturellen Hindernisse, die aus seiner Sicht verhinderten, dass sich ein aktiver Fußballer oute. »Es gibt dieses Idealbild des Fußballs als Männlichkeitsdomäne.« Sowohl Homophobie als auch Sexismus wertet Duensing als Reaktion auf eine Art Bedrohung, die viele Männer empfinden. Ein homosexueller Fußballer passe nicht in das übliche Männerbild. Auch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich mit der Verschränkung von Homophobie, Sexismus und Rassismus.

ARD
25. JANUAR 2019

Viel zu wenige Bundesbürger nutzen die Riester-Förderung überhaupt, die Versicherungswirtschaft verdient an den zumeist renditeschwachen Produkten (zu) gut; und der bei Riester verpflichtende Erhalt der eingezahlten Beiträge zum Rentenantritt lässt größere und längere Engagements im Aktienmarkt nicht zu.

Ein aktuelles Gutachten der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung versucht, das Riester-Konzept mit einigen Änderungen attraktiver zu machen. So soll eine aktienbasierte staatliche Vorsorge als Angebot der Sozialversicherung und nicht der privaten Versicherungswirtschaft etabliert werden.

02

FAZ

2. FEBRUAR 2019

Eine Mehrheit der Deutschen hat längst erkannt, dass die »EU schlecht funktioniert« und »einige Veränderungen« braucht. Das ergab im Dezember eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es scheint vielmehr so, als müsse man die EU mit ihren derzeitigen Entscheidungsprozessen scharf kritisieren, um die zahlreichen Blockaden (zum Beispiel in der Migrationspolitik) zu lösen und angemessen handlungsfähig zu werden.

ZEIT ONLINE

6. FEBRUAR 2019

Die Deutschen sehen einer Umfrage zufolge in den USA eine größere Bedrohung für die Sicherheit Europas als in Russland. Während jeder Zweite die Vereinigten Staaten unter der Administration von Präsident Donald Trump für gefährlich halte, werde die Regierung in Moskau nur von jedem dritten Deutschen (33 Prozent) als bedrohlich empfunden, berichtete der Spiegel unter Berufung auf die repräsentative Umfrage »Sicherheitsradar 2019: Weckruf für Europa« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

MÄRKISCHE ODERZEITUNG

18. FEBRUAR 2019

Beeindruckt vom Engagement der Schüler-Initiative-Gruppe an der Mühlenbäcker Käthe-Kollwitz-Gesamtschule zeigten sich nicht nur Lokalpolitiker und Eltern, sondern auch Rammstein-Keyboarder Christian »Flake« Lorenz. Der Pate der Schule ohne Rassismus und mit Courage, der in Summt lebt, war am Freitag Gast bei der Eröffnung der Ausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen«. Die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt die Gefahren auf, die vom Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und Menschenwürde ausgehen.

NDR

24. FEBRUAR 2019

Auffällig ist seit einigen Jahren, dass Jugendliche sich wieder zunehmend politisch engagieren. Das geht aus mehreren Untersuchungen hervor. [...] Ob das tatsächlich so ist, wollte eine repräsentative Infas-Umfrage im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung unter mehr als 2.000 Jugendlichen herausfinden. Ein Ergebnis: Von den befragten Jugendlichen, die sich engagieren, sind 56 Prozent Jungen und 44 Prozent Mädchen.

BERLINER ZEITUNG

27. FEBRUAR 2019

Die Bücher, die auf dem kleinen Konferenztisch im Büro von Holger Scheerer liegen, haben eine Odyssee hinter sich. Sie hat sie von der SPD-Bibliothek in Berlin Ende des 19. Jahrhunderts über Prag nach Frankfurt am Main geführt und schließlich nach Bonn in den Bundestag. Es sind Bände zur Zeitgeschichte, erschienen zwischen 1905 und 1930. Kommende Woche, am 4. März, werden sie offiziell der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung übergeben, als letzter Teil von insgesamt 81 Büchern. Dann sind sie wieder dort, wo sie hingehören.

03

T-ONLINE
1. MÄRZ 2019

Mango Meter heißt die neue App für feministische Filmkritiken, die seit Mitte Februar im App-Store oder über Google Play erhältlich ist. Sechs Frauen aus verschiedenen asiatischen Ländern haben sie mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt. [...] Bewertet werden können vor allem Filme aus Hollywood und Indien. Nutzer müssen mehrere Aussagen zum Film bewerten, dann werde das Ergebnis zusammengerechnet. Eine Mango bedeutet, der Film gilt als frauenfeindlich. Der Höchstwert von fünf Mangos heißt, der Film ist feministisch.

DEUTSCHE WELLE
11. MÄRZ 2019

Die Frauen geben den Protesten gegen die Regierung Al-Baschir im Sudan eine eigene Note. Gemeinsam mit den Männern treten sie für allgemeine Anliegen ein, richten sich aber auch gegen geschlechtsspezifische Missstände. [...] Die Proteste in Khartum seien von Anfang an stark von Frauen getragen, beobachtet Philipp Jahn, Leiter des örtlichen Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung: »Frauen haben die Protestmärsche oftmals initiiert.«

TAGESSCHAU
19. MÄRZ 2019

Was die Deutschen wirklich über Migration denken, wollte die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer Umfrage herausfinden. Das Ergebnis: Eine knappe Mehrheit sieht Einwanderung als Chance. 53 Prozent stimmen dieser Einschätzung zu, während das 29 Prozent überhaupt nicht so sehen. 3000 Bürgerinnen und Bürger wurden für die Studie befragt.

DEUTSCHLANDFUNK
19. MÄRZ 2019

Der Klimawandel stelle eine Bedrohung dar, die die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in Zukunft in Rechnung stellen müsse, meint auch der Politikwissenschaftler Tobias Fella von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Der Klimawandel sei ein Bedrohungsmultiplikator. »Damit meine ich, dass der Klimawandel bereits vorhandene Konflikte verschärft. Zum Beispiel Konflikte um Wasser, um Ressourcen.«

WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN
29. MÄRZ 2019

Dem Klimaschutz einen positiven Anstrich geben, das war die zentrale Botschaft, die am Freitagabend von den Münsterland-Gesprächen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ausgehen sollte. Unterschiedliche Sichtweisen kamen da zusammen – und doch gab es viel Einigkeit.

04

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG
4. APRIL 2019

WLAN, Wasser, Waldheimer Jugendclub – die Neuntklässler stellten im Jugendstadtrat die W-Fragen. Und sie lernten dabei auch: Nicht jedes Vorhaben findet eine Mehrheit. [...] Das gehörte zum Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Stadträte aller Fraktionen hatten die Schüler darauf vorbereitet, Anfragen und Anträge geschrieben.

ZEIT ONLINE
8. APRIL 2019

Bei den FES-Jugendstudien Südosteuropa handelt es sich um ein internationales Forschungsprojekt, vergleichbar mit der Shell-Jugendstudie. Vier EU-Mitglieder sowie sechs Westbalkanstaaten wurden dafür ausgewählt: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Rumänien, Serbien und Slowenien.

N-TV
13. APRIL 2019

Auch die negativen Ereignisse nach den Protesten in Syrien und dem Jemen und der Gegenrevolutionen in Libyen und Ägypten halten die Menschen in Nordafrika derzeit nicht davon ab, auf die Straße zu gehen. Denn trotz aller Umbrüche und eingeleiteten Reformen kam auch eine groß angelegte Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem ernüchternden Ergebnis, dass sich die Aufstiegschancen der Jugendlichen im Nahen Osten nicht verbessert haben.

SPIEGEL ONLINE
20. APRIL 2019

Die Behauptung, man dürfe in Deutschland nicht mehr über Probleme reden, kommt keineswegs nur von Ultrarechten, sondern auch von Leuten wie Sigmar Gabriel oder Zeit-Herausgeber Josef Joffe. Und sie ist anschlussfähig: In der Mitte-Studie 2018 der Friedrich-Ebert-Stiftung, die nächste Woche vorgestellt wird, wird wohl wieder die Mehrheit der Befragten der Aussage zustimmen: »In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.« 2016 waren das fast 55 Prozent.

ZDF/HEUTE
25. APRIL 2019

Die Ergebnisse der aktuellen »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeigen: Der Großteil der Deutschen befürwortet die Demokratie, begrüßt die Vielfalt der Gesellschaft und fordert eine Stärkung der Europäischen Union. Eindeutig und offen rechtsextreme Einstellungen werden von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt. Lediglich zwei bis drei Prozent der Befragten äußern sich klar rechtsextrem. Deutlich weiter als hart rechtsextreme sind die weichen rechtspopulistischen Einstellungen verbreitet.

FAZ
30. APRIL 2019

Während viele Städte und ihr Umland bundesweit boomen, kämpfen ländliche Regionen im Osten oder auch Ruhrgebietskommunen mit schweren Strukturproblemen. Mehr als 13 Millionen Menschen leben laut einer am Dienstag von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Studie in Regionen mit großen Strukturproblemen. Die dynamischen Groß- und Mittelstädte mit einem starken Umland zählen mehr als 36 Millionen Einwohner.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG
3. MAI 2019

Deutsche haben die Neigung, ihre Demokratie schlechtzureden. Besonders viel Mühe gibt sich dabei die mit Steuergeldern alimentierte und von der SPD kontrollierte Friedrich-Ebert-Stiftung. Alle zwei Jahre veröffentlicht sie eine Studie, deren Verfasser so tun, als stehe die Bundesrepublik vor dem Abgleiten in den Rechtsextremismus. Dieses Jahr raunt die Parteistiftung: »Verlorene Mitte – feindliche Zustände«. Glaubt die SPD wirklich, dass die Mittelschicht bereits verloren ist?

BILD
7. MAI 2019

Zum Jahrestag des Ausstiegs der USA aus dem Atomdeal hat die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine Podiumsdiskussion geplant, die international in die Kritik geraten ist: Denn auf dem Panel sitzt Saeed Khatibzadeh, der Vertreter des iranischen Regime-Thinktanks »Institute for Political and International Studies« (IPIS).

06

WIRTSCHAFTSWOCHE
15. MAI 2019

34

»Deutschland ist in so extremem Maß abhängig von der verarbeitenden Industrie«, sagt Ashoka Mody, der früher als Stellvertreter die Europaabteilung beim Internationalen Währungsfonds geleitet hat und heute an der Princeton University internationale Wirtschaftspolitik lehrt. Auf der Bühne der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin spricht er darüber, wie zukunftsfähig das deutsche Wirtschaftsmodell ist – und Mody nennt seine Botschaft selbst »düster«: »Dieses Modell steht heute unter großem Druck.«

SÜDDEUTSCHE
20. MAI 2019

Eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hat untersucht, wie ungleich die Lebensverhältnisse in den 402 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands sind. Dabei beschränkten sich die Verfasser der Studie nicht wie sonst üblich auf ein einziges Kriterium wie das Einkommen oder die Altersstruktur.

ZEIT ONLINE
22. MAI 2019

Die Studie, die von der Fondazione Giuseppe Di Vittorio und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom, dem Forschungsinstitut Tecnè in Auftrag gegeben worden war, analysiert die Einstellung der Italiener zu den Deutschen und umgekehrt sowie die jeweilige Rolle in der EU. Dazu befragt wurden jeweils 2.000 Bürger. Das Ergebnis war ernüchternd: Mit der einstigen »Wahlverwandtschaft«, wie die Italiener früher die Beziehung zwischen den zwei Ländern gern bezeichneten, scheint es vorbei zu sein.

DEUTSCHLANDFUNK NOVA
31. MAI 2019

Albanien ist eins der ärmsten Länder Europas, es gibt kaum soziale Sicherungssysteme, die Politik ist aktuell handlungsunfähig, Korruption zieht sich durch alle Bereiche des Lebens und es herrscht große Perspektivlosigkeit – gerade unter jungen Menschen. [...] Für eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden Albaner zwischen 16 und 29 Jahren befragt. Ihr größter Wunsch: in einer modernen Demokratie leben.

SÜDDEUTSCHE
4. JUNI 2019

Politische Bildung in Deutschland hängt von der Schulform ab – das zeigt nun auch eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht alle bekommen ihn im gleichen Maß und in gleicher Qualität. Den meisten und den besten Politikunterricht erhalten ausge-rechnet die Schülerinnen und Schüler, die ohnehin in einer vergleichbar privilegierten Lage sind: die Gymnasiasten.

ÄRZTEZEITUNG
6. JUNI 2019

Die psychosoziale Versorgung braucht in Deutschland einen Neustart. Dafür plädieren die Autoren eines Papiers der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Darin skizzieren sie »Handlungsbedarfe« 44 Jahre nach Ende der Psychiatrie-Enquete.

Die jüngsten Debatten über das Entgeltssystem und die Personalbemessung griffen zu kurz. Denn Hilfs- und Unterstützungsangebote müssten über den medizinisch-therapeutischen Bereich hinausgehen.

TAGESSPIEGEL
24. JUNI 2019

Viel schwerer als Personalmangel ist der inhaltliche Mangel zu beheben, den der Demoskop Reinhard Hilmer in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung ausmacht: Die SPD habe in ihrer historischen Kernwählerschaft das Vertrauen als Partei für Sicherheit verloren.

Nicht ums Soziale geht es dabei, sondern um Flüchtlingspolitik, innere Sicherheit und ganz generell die Einhaltung von Regeln. Das ist den einstmals so genannten kleinen Leuten offenbar wichtig.

NETZPOLITIK.ORG
24. JUNI 2019

Parteien wie CDU und SPD tun sich weiterhin schwer in sozialen Medien. Nur unter Einsatz von Werbegeldern können sie Reichweite auf YouTube bekommen, werden jedoch organisch auf Twitter und Facebook von AfD und PARTEI überflügelt. Untersucht wurde der Online-Wahlkampf der Parteien in einer Kurz-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

T-ONLINE.DE
26. JUNI 2019

Was denken die Deutschen über die Digitalisierung im Land? Das wollte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin im Rahmen ihres Projekts »Für ein besseres Morgen« herausfinden. [...]

Einig sind sich die Befragten, wenn es um die großen Internetunternehmen geht: Hier sind sich 59 Prozent der Deutschen sicher, dass Konzerne wie Google den größten Einfluss auf die Digitalisierung ausüben. Knapp 35 Prozent der Bürger wünschen sich aber, dass der Staat die Digitalisierung gestalten sollte.

TAGESSPIEGEL
9. JULI 2019

Wie groß sind die regionalen Ungleichheiten in Deutschland? Eine Antwort auf diese Frage hat unlängst eine Studie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben. Demnach ist Deutschland im Großen und Ganzen »weiterhin ein Land mit einer breiten Mitte, für die solide, durchschnittliche Lebensverhältnisse dominieren«.

WAZ
16. JULI 2019

Mitglieder von Fridays for Future haben das Programm für das Klimacamp in Gelsenkirchen mit erarbeitet. [...] Zusammen sollen Lösungen für mehr Klimaschutz und eine bessere Beteiligung der Jugendlichen bei Klimaschutzthemen der Stadt gefunden werden. Ein Besuch beim Steinkohlekraftwerk Scholven steht ebenso auf dem Programm wie Experimente zu erneuerbaren Energien. Mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung können in einer Art »Projektwerkstatt« eigene Aktionen geplant und umgesetzt werden.

08

TAZ
17. JULI 2019

36

In Deutschland versucht vor allem das AfD-nahe Milieu, mit gefühlten Wahrheiten Politik zu machen. Und das kommt an. In der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die rechtsextreme Einstellungen in Deutschland untersucht, gab die Hälfte der Befragten an, ihrem eigenen Gefühl mehr als »sogenannten Experten« zu trauen.

DEUTSCHE WELLE
24. JULI 2019

Wie weit Vorbehalte in der Gesellschaft gegenüber Muslimen verbreitet sind, zeigt auch die sogenannte »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). In der repräsentativen Studien-Reihe lässt die FES seit 2006 alle zwei Jahre die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland untersuchen. Die Forscher vergleichen darin unter anderem auch Vorurteile gegen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Das Ergebnis: Fast jeder fünfte Befragte äußerte sich abwertend über Muslime.

THÜRINGER ALLGEMEINE
6. AUGUST 2019

Der Urlaub eines Staatsoberhauptes hat dem kleinen Ort Schwarzburg in Thüringen seinen Platz in der Geschichte verschafft. 60 Kilometer entfernt von Weimar, wo die Nationalversammlung der ersten deutschen Demokratie tagte, setzte Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. August 1919 seine Unterschrift unter die Weimarer Verfassung. Genau 100 Jahre später würdigt ein Verfassungsfest auf Schloss Schwarzburg das Ereignis, das aus Sicht der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Wahrnehmung der Weimarer Republik immer ein wenig im Schatten stand.

SPIEGEL ONLINE
13. AUGUST 2019

Wie steht es um die Demokratiebegeisterung der Deutschen? Nicht besonders gut, wenn man einer aktuellen Erhebung glaubt. Weniger als die Hälfte der Befragten ist demnach einverstanden damit, wie das politische System Deutschlands derzeit arbeitet. Nur 47 Prozent sind »zufrieden« oder »sehr zufrieden« mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie, so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

SÜDDEUTSCHE
22. AUGUST 2019

Abdalla Hamdok soll den Sudan als erster Premier nach dem Sturz von Diktator al-Baschir in eine demokratische Ära führen. [...] »Der neue Premierminister steht vor großen Herausforderungen, er muss die Institutionen und die Staatsgewalt wiederherstellen«, sagt Philipp Jahn, der Landesdirektor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Khartoum. Die Ministerien und Behörden des Landes sind oft zu reinen Versorgungsstellen für die Günstlinge des Regimes verkommen, Verwaltungsarbeit findet kaum noch statt.

ZDF/HEUTE
29. AUGUST 2019

Salvini raus, Sozialdemokraten rein: Rom steht kurz vor einem Mitte-links-Bündnis. Radikal ändern dürfte das Italiens Kurs zwar nicht. Seenotretter und EU dürfen trotzdem hoffen. [...] Tobias Mörschel, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom, findet: »Es wird keine offene statt geschlossener Häfen geben. Aber die neue Regierung dürfte zum einen die offene Bekämpfung und Verfolgung der NGOs im Mittelmeer einstellen und zum anderen auf eine europäische Lösung bei der Flüchtlingsverteilung hinarbeiten.«

09

POTSDAMER NEUESTE NACHRICHTEN
31. AUGUST 2019

Die Schule treibt die politische Willensbildung der Schüler voran. Im November ist ein Team der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Gast in der Schule, sie wollen erklären, wie Kommunalpolitik funktioniert. Auf dem Programm steht ein gemeinsamer Besuch einer Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung an, danach werden die Mädchen und Jungen mit verteilten Rollen die Sitzung eines Jugendparlaments durchführen.

SÜDDEUTSCHE
8. SEPTEMBER 2019

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur letzten Europawahl vom Juni 2019 belegt, dass CDU und SPD, immerhin die aktuellen Regierungsparteien in der GroKo, nicht einmal gemeinsam so viele Fans, Freunde und Follower – mit deren entsprechenden Interaktionsraten – auf Facebook aufweisen können wie die rechtspopulistische AFD alleine.

WELT
10. SEPTEMBER 2019

Die letzte große Reform fand mit der »Psychiatrie-Enquete« 1975 statt. Damals gab es in Westdeutschland 130 teils riesige Kliniken mit durchschnittlich 700 Betten, in die psychisch Kranke über Monate und Jahre »weggesperrt« wurden – mit durchschnittlich einem Arzt pro 60 Betten und einem Psychologen pro 500 Betten. Im Zuge der Reform wurden Kliniken verkleinert und grundlegend umgestaltet, vielerorts wurden wohnortnahe Angebote aufgebaut. In den vergangenen 15 Jahren kehrte sich dies »in Teilen sogar um«, wie im Juli ein Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung feststellte: So steige die Zahl der Klinikbetten seit 2005 wieder an.

HAMBURGER MORGENPOST
13. SEPTEMBER 2019

Die Stadt unternimmt nicht genug, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – das sagen mehr als zwei Drittel (72 Prozent) der befragten Hamburger in einer aktuellen Studie. Zwar leben viele Hamburger gerne in der Hansestadt, allerdings befürchten viele, sich das Leben hier bald nicht mehr leisten zu können.

Diese Erkenntnisse gehen aus der repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor.

DEUTSCHLANDFUNK
17. SEPTEMBER 2019

Nachdem Deutschland das nationale Klimaziel 2020 glatt verfehlt hat, sind schnell umzusetzende Maßnahmen nötig, um wenigstens das Klimaziel 2030 in gut zehn Jahren noch zu erreichen. [...]

Dessen ungeachtet und trotz der spürbaren Zunahme von Wetterextremen beharren nach wie vor bestimmte Industriezweige und auch Bevölkerungsgruppen auf dem althergebrachten Produktions- beziehungsweise Lebensstil. Ihre Argumente hat das Wuppertal-Institut im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert und relativiert in der Studie »Die Debatte um den Klimaschutz – Mythen, Fakten, Argumente«.

10

HAMBURGER ABENDBLATT
24. SEPTEMBER 2019

38

Für Neonazis gewinnt Kampfsport stark an Bedeutung. Eine Studie zeigt: Viele organisieren sich abseits der traditionellen Vereine. [...]

Die Studie, die auch von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Amadeu Antonio Stiftung sowie dem Deutschen Fußball-Bund unterstützt wird, warnt vor den Folgen, wenn extrem rechte Kampfsportgruppen sich in Deutschland weiter etablieren.

ZEIT ONLINE
1. OKTOBER 2019

Wer der öffentlichen Debatte in Deutschland lauscht, könnte den Eindruck bekommen, der Wirtschaft stehe vor allem eines im Weg: der Klimaschutz. Besonders gefährdet zu sein scheinen dabei die Beschäftigten. [...] Ist der Klimaschutz also eine Bedrohung für den deutschen Arbeitsmarkt? Dieser Frage widmet sich auch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Prognos AG. [...] Das Ergebnis hebt die Debatte auf eine andere Ebene. Zwar prognostizieren die Forscher ebenfalls, dass manche Jobs wegfallen werden. Insgesamt aber stellten sie fest: Der Klimaschutz schadet der Beschäftigung nicht.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
6. OKTOBER 2019

Mit dem Schreiben muss sie sich aber noch gedulden, denn für akademische Aufgaben hat Beninga aufgrund ihrer Hochschulämter in diesem Jahr wenig Zeit. Das sei auch ein großes Problem für das studentische Engagement, bemerkt sie. Viele Studierende könnten es sich nicht mehr leisten, neben Studium und Lohnarbeit auch noch ein Amt in der Hochschulpolitik zu übernehmen. Beninga selbst kann sich durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Mitarbeit im Asta leisten. Seit zwei Jahren ist sie als Mitglied der Jusos Vorsitzende, in diesem Jahr kam noch ein Sitz im Senat der Universität hinzu.

T-ONLINE.DE
16. OKTOBER 2019

Erst im Juni war eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Ergebnis gekommen, dass beispielsweise Politik-Unterricht »etwas Elitäres« sei. Nur 55 Prozent der Gymnasiasten in den Klassen 9 und 10 gaben an, Politik in einem eigenständigen Fach zu lernen, an übrigen allgemeinbildenden Schulformen waren es nur 44 Prozent. Hinzu kommt, dass Politikunterricht oft von fachfremden Lehrern gelehrt wird – und zudem kaum aktuelle Themen umfasst.

PASSAUER NEUE PRESSE
23. OKTOBER 2019

Über ein Jahr lang haben sich zwölf Gymnasiasten unter der Leitung von Studienrätin Angelika Schaub-Weishäupl intensiv mit dem Thema »Rechtsextremismus« beschäftigt. Das Projektseminar der Q12 im Fach Sozialkunde erhielt dabei Unterstützung von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Jede Woche trafen sich die Jugendlichen, um eine Veranstaltungsreihe auf die Beine zu stellen.

TAGESSPIEGEL BACKGROUND
30. OKTOBER 2019

Der digitale Wandel habe nicht zu Monopolisierungstendenzen in der deutschen Wirtschaft geführt – sehr wohl aber zu einer ungleicheren Verteilung von Vermögen, wie Forscher in einem Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung feststellen. Ein Staatsfonds oder Mitarbeiterbeteiligungen sollen helfen.

SPIEGEL ONLINE
18. NOVEMBER 2019

Fördergelder der EU kommen oft nicht dort an, wo sie am meisten gebraucht werden: bei besonders gebeutelten Städten und Gemeinden. In den Genuss der Mittel kommen nicht die schwächsten Kommunen, sondern eher die »cleversten«, die noch genügend Personal haben, um sich durch den Dschungel passender Förderangebote zu kämpfen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum für die Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst hat.

TAGESSPIEGEL
19. NOVEMBER 2019

Eine kürzlich vorgestellte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung übt Kritik am Compact with Africa (CwA). Die deutsche G20-Initiative habe ihre Ziele weitestgehend verfehlt, schreiben der Afrika-Experte Robert Kappel, emeritierter Professor an der Universität Hamburg, und der Ökonom Helmut Reisen, emeritierter Professor der Universität Basel und ehemals Forschungsdirektor am Entwicklungszentrum der OECD. Der CwA führte bisher weder zu einem Anstieg privater Investitionen in den afrikanischen Partnerländern, noch hat er in ausreichendem Ausmaß Arbeitsplätze geschaffen, so die Autoren.

TAGESSCHAU
25. NOVEMBER 2019

Auch Tobias Mörschel, der Leiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom, sieht die »Sardinen« als zivilgesellschaftliche Bewegung und nicht als Sozialdemokraten. Allerdings glaubt er auch, dass viele der Menschen, die jetzt auf die Straße gingen, durchaus linken Ideen nahestünden. »Viele von ihnen werden ehemalige Wähler der Cinque Stelle gewesen sein, das ja. Aber es ist keine PD-Bewegung.«

TAGESSPIEGEL
26. NOVEMBER 2019

Finanzielle Sorgen, ein unsicherer Arbeitsplatz, keine angemessene Bezahlung: Bei Frauen mit geringen Einkommen weichen die Lebensentwürfe in wirtschaftlicher Hinsicht oft stark von der Lebensrealität ab. Das geht aus einer Studie der »Friedrich-Ebert-Stiftung« hervor, für die rund 2000 Frauen in Ost- und Westdeutschland befragt wurden.

ÄRZTEBLATT
27. NOVEMBER 2019

Die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen in Deutschland muss fundamental umgebaut werden. Dieser Ansicht ist die Friedrich-Ebert-Stiftung, die ein Positionspapier zum Umbau der Pflegepolitik erarbeitet hat. Danach sollte die Politik die finanzielle Belastung für Pflegebedürftige und Angehörige begrenzen, Beratung, Begleitung und Prävention stärken und rechtssichere Rahmenbedingungen für die Betreuung in privaten Haushalten schaffen.

NEUES DEUTSCHLAND
29. NOVEMBER 2019

Am Donnerstag präsentierte Maas in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin seine außenpolitische Bilanz. Bei dieser sogenannten Tiergartenkonferenz lobte Maas die »Allianz für den Multilateralismus«. Bereits vor einigen Monaten hatte der SPD-Politiker stolz verkündet, dass sich auch Frankreich, Kanada, Chile und Ghana an der Kampagne beteiligen wollten. Inzwischen gehören der Allianz mehr als 60 Länder an.

12

TAGESSPIEGEL
9. DEZEMBER 2019

40 Die Auffassung, es sei sinnvoller, Bürger direkt über Beteiligungsformen von der Wirtschaftskraft des eigenen Landes profitieren zu lassen, als durch Umverteilung für eine gleichmäßige Vermögensverteilung zu sorgen, wird in der öffentlichen Diskussion meist in der liberal-konservativen Ecke verortet. Umso bemerkenswerter ist es, dass Kurt Beck, Ex-SPD-Chef und heutiger Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, jüngst in einfachen Worten erklärte, weshalb Mitarbeiterbeteiligung ein Gebot der Stunde sei.

HANDELSBLATT
12. DEZEMBER 2019

Höhere öffentliche Ausgaben hätten den Ländern der Euro-Zone stärkeres Wachstum beschert. Das zeigt eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

FOCUS ONLINE
16. DEZEMBER 2019

Im Kanzleramt findet heute ein Gipfel mit Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und beteiligten Ministerien zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz statt. Das ist gut so.

So sehen das sicher knapp zwei Drittel der Deutschen. Denn laut einer wegweisenden Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (»Das pragmatische Einwanderungsland«) stimmen sie zu, dass Deutschland auf ausländische Fachkräfte angewiesen ist.

SPIEGEL ONLINE
17. DEZEMBER 2019

Eine Idee mit Zündstoff: »Schafft das Gymnasium ab!«, fordert die taz-Journalistin Anna Lehmann im Bildungsblog der Friedrich-Ebert-Stiftung – und legt sich mit der gesammelten Philologen-Eltern-Community an. Lehmanns Argument: Das Gymnasium zementiere als Schulform die gesellschaftliche Ungleichheit der Bildungschancen.

ARBEITSBEREICHE

41

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 40 Politische Akademie
- 42 Politischer Dialog
- 42 Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO)
- 43 Zentrale Aufgaben/ Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 44 Internationaler Dialog
- 45 Internationale Entwicklungszusammenarbeit
- 46 Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- 48 Studienförderung
- 49 Archiv der sozialen Demokratie

PREISE DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG

- 51 Der politische Film
- 51 Das politische Buch
- 51 Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik
- 51 FES-Menschenrechtspreis

UNSELBSTSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 52 Erich-Brost-Sondervermögen
- 52 Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung
- 52 Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, um auch unter schwierigen Bedingungen demokratische Mitgestaltung und die Identifikation der Bürger_innen mit dem Gemeinwesen zu ermöglichen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und sie zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, indem sie öffentliche Debatten fördert und die Politik berät. Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel. Sie basieren auf den vier Säulen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Dabei nutzen sie vielfältige methodische, insbesondere partizipative Ansätze. Online-Angebote wie Livestreams, Blogs, YouTube-Videos, Erklärfilme oder Messenger-Spiele gewinnen zunehmend an Bedeutung, um ein größeres, auch jüngeres Publikum zu erreichen. Evaluierung und professionelles Qualitätsmanagement sichern einen hohen Standard unserer Arbeit.

Politische Akademie

2019 organisierte die Politische Akademie 1.190 Präsenzveranstaltungen mit mehr als 46.000 Teilnehmer_innen sowie 24 Online-Veranstaltungen mit rund 760 Teilnehmer_innen. Zu den Ausstellungen kamen mehr als 37.000 Besucher_innen.

Ziel der politischen Bildungs- und Beratungsarbeit der Politischen Akademie (PA) ist es, gleiche politische und soziale Teilhabechancen für alle zu eröffnen. Das geschieht durch Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote für politisches, gewerkschaftliches und bürgerschaftliches Engagement sowie durch die Beteiligung von Bürger_innen an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen. Die PA arbeitet von Bonn aus mit bundesweiter Ausrichtung sowie in den Landes- und Regionalbüros in den westlichen und südlichen Bundesländern.

Im Dialog mit Politik und Wissenschaft entwickeln Bürger_innen Vorschläge zu Fragen der Demokratie, Kommunalpolitik sowie der Sozial- und Bildungspolitik. In Fachgesprächen erörtern Expert_innen und Praktiker_innen Entwicklungen der Medien- und Netzpolitik. In Kooperation mit Bildungseinrichtungen und Vereinen stärken Lernprojekte Jugendpartizipation und politisches Engagement. So trägt die Abteilung zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen bei, fördert den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit, motiviert und befähigt zum Engagement und leistet Beiträge zur Politikberatung.

Zu den Schwerpunkten der Politischen Akademie (PA) zählen Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, digitale Gesellschaft, Medien- und Netzpolitik, journalistische Aus- und Weiterbildung, politisches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und der Zivilgesell-



Influencer als digitale Meinungsführer

Wie Influencer in sozialen Medien den politischen Diskurs beeinflussen – und welche Folgen das für die demokratische Öffentlichkeit hat

Amelie Duckwitz



Die Zukunft der Demokratie

Erkämpft, verteidigt, gefährdet?

Thomas Hartmann, Jochen Dahm und Frank Decker (Hg.)

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEUTSCHLAND

**Zielgruppen der politischen
Bildungsarbeit**

- Bürger_innen, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



schaft, Jugend und Politik, Kommunalpolitik sowie digitale politische Bildung und Beratung. Das beteiligungsorientierte Bildungsprogramm beinhaltet neben klassischen Veranstaltungen, Printpublikationen und Ausstellungen auch audiovisuelle Angebote wie Hörbücher und Videos sowie Online-Angebote wie Webinare und projektspezifische Newsletter.

2019 startete unter Federführung der PA das Projekt »Digitale politische Bildung und Beratung« (FES digital). Es treibt die Entwicklung digitaler FES-Formate voran und organisiert dafür intern Weiterbildung, Qualitätsstandards und Wissensmanagement.

Politischer Dialog

Mit ca. 1.300 Veranstaltungen erreichte die Abteilung Politischer Dialog 2019 rund 80.000 Bürger_innen, tausende Gäste besuchten zudem die Ausstellungen.

Die Abteilung Politischer Dialog (PD) leistet politische Bildungs- und Beratungsarbeit in Nord- und Ostdeutschland sowie zu ausgewählten bundespolitischen Themen in Berlin. Im Zentrum stehen Beiträge zur Überwindung von Politik- und Demokratieverdrossenheit, die Förderung politischer Partizipation, Herausforderungen der Flüchtlingspolitik sowie die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Die Abteilung will Bürger_innen, insbesondere Jugendliche, für demokratische Politik interessieren, zum gesellschaftspolitischen Engagement motivieren und den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit fördern.

Mit Politikberatung in Bund und Ländern stärkt PD die Urteils- und Handlungskompetenz politischer Partner. Die Landes- und Regionalbüros greifen bundes-, landes-, kommunal- und europapolitische Themen auf und bereiten sie

dezentral auch im ländlichen Raum für ein breites Publikum auf. Die Berliner Referate Forum Politik und Gesellschaft und Forum Berlin konzentrieren sich auf gesellschaftspolitische Fragen wie Geschlechtergerechtigkeit oder Rechtsextremismus, zu denen sie auf Bundesebene überwiegend beratend tätig sind.

In allen Arbeitsbereichen gewinnen digitale Bildungsformate an Bedeutung, um Zielgruppen anzusprechen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mit analogen Angeboten erreichbar sind.

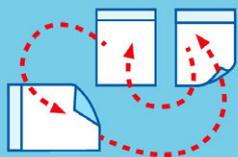
PD veröffentlichte 2019 zahlreiche Publikationen, darunter im April die »Mitte-Studie« (»Verlorene Mitte – Feindselige Zustände«) über rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung. Die Workshopreihe »Ideen für ein starkes Ostdeutschland« erarbeitete mit der innovativen Methode des Design Thinking Politikvorschläge aus Sicht ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger.

Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO)

2019 veröffentlichte WISO mehr als 60 Expertisen, die auch über den elektronischen Newsletter WISO digital verbreitet wurden. Die Abteilung organisierte zehn öffentliche Veranstaltungen und mehr als 40 Seminare mit insgesamt fast 4.000 Teilnehmer_innen.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik berät Politik und Gesellschaft zu Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung. Sie organisiert Veranstaltungen, in denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten zusammenkommen. In drei Publikationsreihen – WISO Diskurs, WISO direkt und WISO Argumente – veröffentlichte die Abteilung mehr als 60 umfangreiche Expertisen und kurze handlungsorientierte Analysen

„WANN, WENN NICHT JETZT? WO, WENN NICHT HIER?“



WORKBOOK ZUR VERANSTALTUNGSREIHE „IDEEN FÜR EIN STARKES OSTDEUTSCHLAND“

Herausgegeben vom Gesprächskreis „Soziale Demokratie in Ostdeutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

»Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?«

Workbook zur Veranstaltungsreihe »Ideen für ein starkes Ostdeutschland«

Herausgegeben vom Gesprächskreis »Soziale Demokratie in Ostdeutschland« der Friedrich-Ebert-Stiftung



EINKOMMENS- UND VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Empirischer Befund und politische Handlungsoptionen

KOCHERLER KREIS

Einkommens- und Vermögensungleichheit

Empirischer Befund und politische Handlungsoptionen

Kristin Biesenbender, Timm Leinker

in Deutsch und Englisch für ein Fachpublikum sowie kritische Auseinandersetzungen mit Wirtschaftsthemen für eine breite Leserschaft. In rund zehn öffentlichen Veranstaltungen und 40 Expert_innen-Seminaren mit insgesamt fast 4.000 Teilnehmer_innen wurden diese Expertisen erarbeitet beziehungsweise vorgestellt.

Die Themen von WISO sind Arbeit, Soziales, Bildung/Forschung, räumliche Entwicklung, Finanzen, Wirtschaft und Klima/Energie/Umwelt. Dazu kommen die Querschnittsthemen Gewerkschaften, Migration/Integration, Verbraucher_innen, Unternehmen/Mittelstand, Gender/Familie/Jugend/Senior_innen, demografischer Wandel, Digitalisierung sowie europäische und globale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Themenfelder spiegeln die WISO-relevanten Ausschüsse im Deutschen Bundestag, was eine enge Verzahnung mit dem legislativen Prozess ermöglicht. Die Aktivitäten werden in flexiblen thematischen Arbeitsgruppen oder in etablierten Gesprächskreisen organisiert.

Die Abteilung koordiniert das stiftungsweite Projekt »Für ein besseres Morgen«. In diesem Rahmen erschien 2019 unter anderem die Studie »Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019«. Sie dokumentiert, dass ein Sechstel der deutschen Bevölkerung in Regionen mit schweren Strukturproblemen lebt, und schlägt Maßnahmen vor, wie der räumlichen Spaltung entgegenzuwirken ist.

WISO ist für die Vergabe des Preises »Wirtschaft.Weiter.Denken« der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der FES zuständig, der 2019 erstmalig aufgeteilt wurde: Adam Tooze erhielt ihn für sein Buch »Crashed – Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben«; Elisa Simantke und Harald Schumann wurden für den Artikel »Blackrock – Ein Geldkonzern auf dem Weg zur globalen Vorherrschaft« ausgezeichnet, den das Journalist_innen-Team »Investigate Europe« recherchiert hatte.

Zentrale Aufgaben / Managerkreis

2019 organisierte der Managerkreis fast 90 Veranstaltungen an 19 Orten, mehr als die Hälfte davon auf regionaler Ebene.

Im Managerkreis (MK) haben sich rund 1.000 Manager_innen, Unternehmer_innen sowie Vertreter_innen aus Wirtschaftsverbänden und Politik zusammengeschlossen, die der Sozialen Demokratie nahestehen. Die FES bietet ihnen die Möglichkeit, sich auszutauschen und ihren unternehmerischen Sachverstand und betriebliche Erfahrungen in den wirtschaftspolitischen Diskurs einzubringen. Der MK entwickelt Handlungsempfehlungen für eine innovative, ökologische und sozial gerechte Wirtschaftspolitik. Er organisiert Podiumsdiskussionen, Fachgespräche sowie Hintergrundgespräche, die dem fachlichen Austausch und der Vernetzung der Mitglieder dienen.

Der MK gliedert sich in fünf Arbeitsgruppen: Wirtschaft und Digitales, Finanzen, Verkehr und Mobilität, Energie und Umwelt sowie Gesundheit. Sie erarbeiten Vorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden kann. Mit acht Regionalkreisen fördert der Managerkreis den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik auf Landesebene. Das Programm wird mit den Landesbüros der FES koordiniert und von diesen unterstützt. Ein sehr positives Echo erhielt der MK auf die exklusiven Angebote für Frauen und junge Führungskräfte in ausgewählten Regionalkreisen.

Das Papier »Deutschland 2035: Eine Reise in die Zukunft«, das der MK 2019 veröffentlichte, gibt Anregungen zu den Themen Investitionen/Innovationen, Klima/Energie und integrierte Sicherheit und dient als Grundlage für die künftige Arbeit des Managerkreises auf regionaler und auf Bundesebene.



Aktuelle und zukünftige Einwanderungsbedarfe von IT-Fachkräften nach Deutschland:

Wie attraktiv sind die Bundesländer?

Sandra Hofmann, Andrea Laukhuf, Benedikt Runschke, Sabrina Spies, Daniel Stohr



Created by Germany

Wirtschaftspolitische Impulse für Deutschland 2035 – INNOVATIV, DIGITAL, NACHHALTIG, SICHER

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Arbeit der FES

Multilaterale Abkommen und internationale Zusammenarbeit werden zunehmend infrage gestellt, was auch die internationale Arbeit der FES erschwert. Die Rahmenbedingungen sind komplex: das Ende wichtiger Abrüstungsverträge, die Krisen im Nahen Osten, der Brexit, Handelskonflikte mit den USA, Chinas strategisches Vorgehen auf der Weltbühne und der Klimawandel, um nur einige der wichtigsten Herausforderungen zu nennen. Umso mehr müssen progressive Kräfte Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft darin bestärken, Frieden, Verständigung und zivile Konfliktbearbeitung zu fördern.

Weder Deutschland noch die Europäische Union haben bislang wirksame Antworten auf das Infragestellen der multilateralen Weltordnung, die Instabilität der Europäischen Union oder die sich verschlechternde Partnerschaft mit den USA gefunden. Hinzu kommen ein schwieriges Verhältnis des Westens zu Russland und die Auswirkungen der Konflikte in Afrika, Osteuropa und dem Nahen Osten. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 zeigten einen Aufschwung populistischer, nationalistischer und europakritischer Kräfte in ganz Europa. Die Arbeit des Europäischen Parlaments wird dadurch schwieriger, die Mehrheitsverhältnisse werden unüberschaubarer. Die FES unterstützt die neue Kommission und das neue Parlament mit progressiven Vorschlägen, etwa für die Besteuerung der Digitalwirtschaft, gerechtere Klimastrategien und eine gemeinsame Verteidigungspolitik.

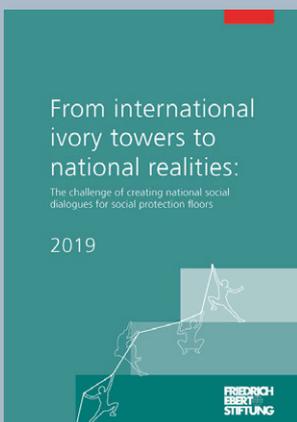
Im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen arbeitet die FES an Konzepten zur Reduzierung von Ungleichheit, zu alternativen Konsum- und Produktionsweisen, zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Geschlechtergerechtigkeit. Einen besonderen Stellenwert hat das Thema »Gute Arbeit weltweit«. Gemeinsam mit Gewerkschaften setzt die FES sich für gerechte Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung und Gewerkschaftsrechte ein. Unsere wichtigsten Formate dafür sind die jährliche Tiergartenkonferenz für progressive Außen-

und Sicherheitspolitik, die Unterstützung des Global Solutions Summit als Vordenker der G20 sowie das ipg-journal als Debattenplattform für internationale und europäische Politik.

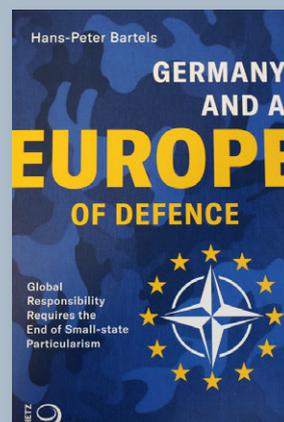
Internationaler Dialog

Die Abteilung Internationaler Dialog (ID) bietet mit ihren drei Referaten in Berlin und 38 Auslandsbüros in Europa und Nordamerika Beratung zu globalen Herausforderungen, erarbeitet Empfehlungen und erklärt sozialdemokratische Standpunkte. Dabei bezieht die FES stets Partner_innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien ein. Zentrale Themen sind die Ausgestaltung der Europäischen Union, die Zukunft der (Sozialen) Demokratie, die Stärkung multilateraler Außen- und Sicherheitspolitik, die Zukunft der Arbeit und die Rolle der Gewerkschaften. Neben klassischen Formaten werden verstärkt Briefings und bilaterale Gespräche genutzt, um die FES-Interessengruppen effektiv zu erreichen. Sehr erfolgreich sprechen die ipg-online-Portale in Deutsch, Englisch und Russisch die internationalen Entscheiderzielgruppen an, wie mehr als zwei Millionen Zugriffe jährlich belegen.

Auf EU-Ebene bestimmten im Jahr 2019 die Wahl zum Parlament, die Bildung der neuen Kommission sowie der britische EU-Austritt die Debatte. Vor der Europawahl



From international ivory towers to national realities:
The challenge of creating national social dialogues for social protection floors
Cichon/Schildberg (Eds.)



Germany and a Europe of Defence
Global Responsibility Requires the End of Small-state Particularism
Hans-Peter Bartels

führte die FES eine Umfrage in elf Mitgliedsländern durch. Sie ergab, dass die großen Herausforderungen – Brexit, wirtschaftliche Unsicherheit und Migrationsbewegungen – den gesellschaftlichen Zuspruch zu Europa gestärkt haben. Das bietet progressiven Kräften zahlreiche Ansatzpunkte, um konstruktive und antipopulistische Politik voranzubringen. Der Brexit wurde von der FES London mit einer Reihe von Begegnungen britischer und europäischer Politiker_innen begleitet, die zu stabilen Beziehungen für die Zeit nach dem britischen EU-Austritt beitragen sollen.

In vielen europäischen Ländern bedrohen populistische Kräfte die Demokratie. Um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu verteidigen, erarbeitete die FES unter dem Titel »The Other Democratic Deficit« ein Papier, das Instrumente zum Schutz der Grundwerte vorstellt. Einige Vorschläge fanden sich im Maßnahmenpaket zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit des Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans wieder.

Seit drei Jahren stellt der US-Präsident jahrzehntelange Gewissheiten und Bündnisse infrage, kündigt internationale Abkommen und droht unverhohlen jedem, der sich ihm in den Weg stellt. Donald Trump hat mit seiner nationalistischen »America-First«-Politik die globale Führungsrolle Amerikas erschüttert. Umso wichtiger ist das Netzwerk der »Globalen Atlantiker«, das zum 18. Mal in Berlin, Dresden und Paris zusammentraf. Themen waren die Zukunft des Multilateralismus, die europäische Integration, die Arbeit der Zukunft sowie der erstarkende Rechtspopulismus.

Bei der renommierten Tiergartenkonferenz der FES drehen sich die Debatten 2019 um das Dilemma, dass einerseits multilaterale Politikansätze auf globaler Ebene zunehmend unter Druck geraten, andererseits aber der Rückhalt für progressive Parteien in zahlreichen europäischen Staaten schwindet. Vor diesem Hintergrund lotete die Konferenz aus,

welchen Handlungsspielraum progressive Kräfte heute haben und welche multilateralen Koalitionen notwendig sind.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Angesichts neuer globaler Herausforderungen und der weiteren Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen steigen die Gestaltungsanforderungen an die Politik. Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) verfolgt mit ihrer Arbeit die strategischen Ziele, soziale Gerechtigkeit zu organisieren, Wirtschaftssysteme sozial-ökologisch umzubauen, Frieden und Sicherheit zu stärken sowie Demokratie zu fördern – in den Projektländern, auf regionaler Ebene und in globalen Zusammenhängen.

Die IEZ unterhält Büros in 66 Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens, des Nahen und Mittleren Ostens sowie an den UN-Standorten in New York und Genf. Zusätzlich werden in 15 weiteren Ländern Programme durchgeführt. Umfassendere Fragestellungen werden in zahlreichen regionalen und kontinentübergreifenden Projekten bearbeitet. Dazu gehören das Globalisierungsprojekt, das internationale Gewerkschaftsprojekt sowie das Schwerpunktprogramm Sozialökologische Transformation. Diese Programme werden in enger Abstimmung zwischen der IEZ in Berlin und den Auslandsbüros konzipiert und umgesetzt.

Eine wichtige Rolle spielt die Zusammenarbeit mit internationalen sozialdemokratischen Kräften und mit den nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegungen; ohne sie kann weder die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit gelingen noch die soziale und ökologische Umgestaltung von Wirtschaftssystemen. Speziell für Nachwuchskräfte aus dem globalen Süden hat die FES mit der Internationalen Kasseler Sommerakademie und der UN Fall Academy Fortbildungs- und Vernetzungsangebote geschaffen.

Derzeit laufen drei abteilungsweite Projekte: Das Projekt »The Future is Feminist« bietet feministischen Akteur_innen eine Plattform für Austausch und Strategiebildung insbesondere im Hinblick auf das Themenfeld »Arbeit der Zukunft«. Im Rahmen der 2018 verabschiedeten Genderstrategie der IEZ entsandte das Gender-Innovationsnetzwerk in alle Regionen Mitarbeiter_innen, die in den FES-Büros zu geschlechterpolitischen Fragestellungen beraten. Das Projekt »Gewerkschaften im Wandel« erarbeitet Strategien zur Ausübung gewerkschaftlicher Macht gemeinsam mit gewerkschaftlichen Partner_innen. Im dritten Projekt soll der Bereich Frieden und Sicherheit der FES gestärkt werden. Die in Berlin in Kooperation mit der Urania e.V. durchgeführte Veranstaltungsreihe »Frieden und Sicherheit in Zeiten globaler Umbrüche« erreichte 2019 über 1.000 Personen.



Security Radar. 2019
Wake-up call for Europe!
Reinhard Krumm et al.

DIE AUSLANDSBÜROS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG



Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D. C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Managua
- 9 Santo Domingo
- 10 San José
- 11 Panama-Stadt
- 12 Caracas
- 13 Bogotá
- 14 Quito
- 15 Lima
- 16 La Paz
- 17 São Paulo
- 18 Santiago de Chile
- 19 Buenos Aires
- 20 Montevideo

Europa

- 21 Lissabon
- 22 Madrid
- 23 London
- 24 Paris
- 25 Brüssel (EU)
- 26 Genf (UN)
- 27 Rom
- 28 Prag
- 29 Bratislava
- 30 Wien (OSZE)
- 31 Zagreb
- 32 Budapest
- 33 Belgrad
- 34 Banja Luka
- 35 Sarajevo
- 36 Prishtina
- 37 Tirana
- 38 Skopje
- 39 Athen
- 40 Sofia
- 41 Bukarest
- 42 Chisinau
- 43 Kiew
- 44 Warschau
- 45 Vilnius
- 46 Riga
- 47 Stockholm
- 48 Tallinn
- 49 Moskau
- 50 St. Petersburg
- 51 Nikosia
- 52 Istanbul
- 53 Ankara

**Naher/Mittlerer Osten
und Nordafrika**

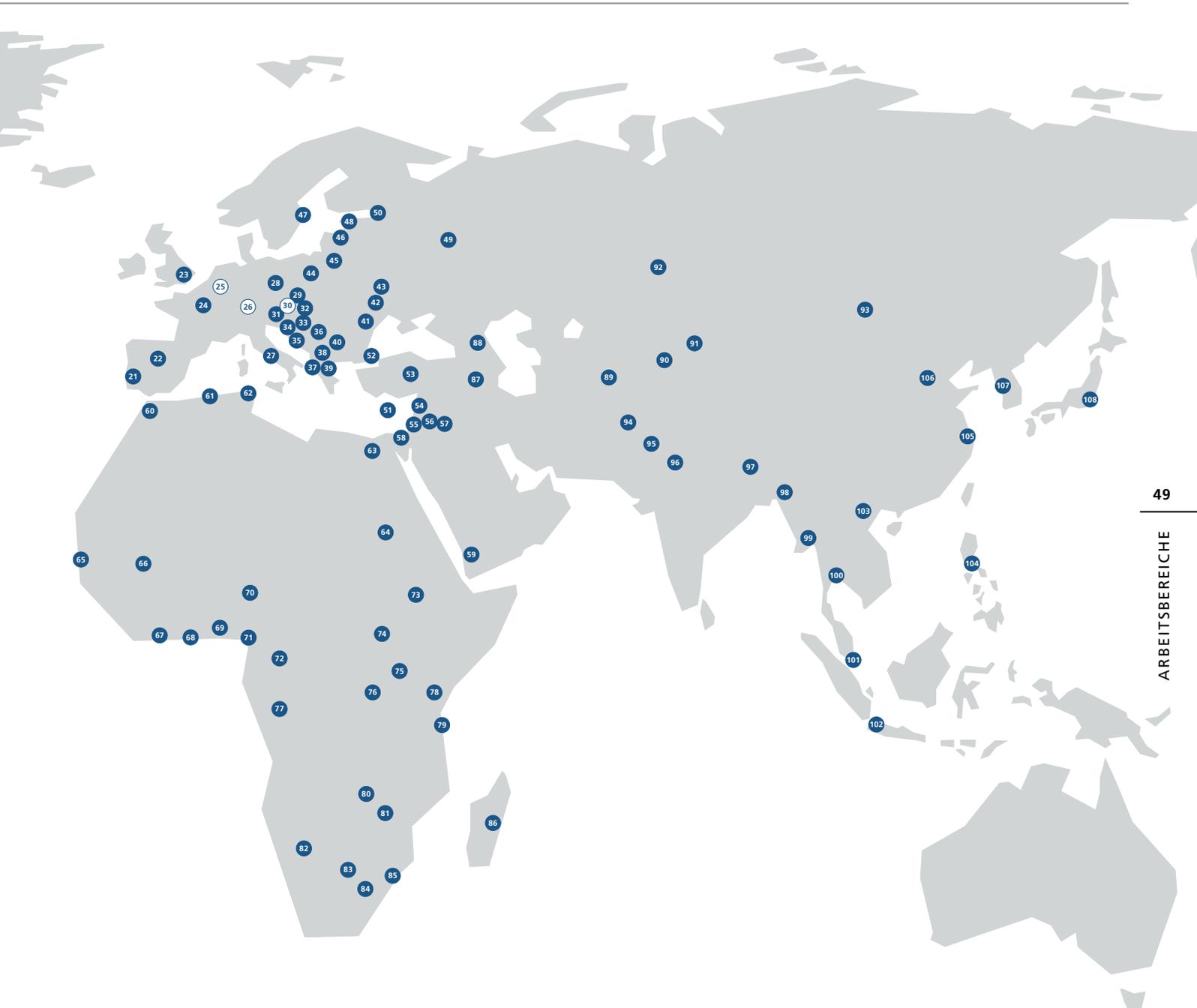
- 54 Beirut
- 55 Tel Aviv
- 56 Jerusalem (Ost)
- 57 Amman
- 58 Gaza-Stadt
- 59 Sanaa
- 60 Rabat
- 61 Algier
- 62 Tunis
- 63 Kairo
- 64 Khartum

Afrika

- 65 Dakar
- 66 Bamako
- 67 Abidjan
- 68 Accra
- 69 Cotonou
- 70 Abuja
- 71 Lagos
- 72 Jaunde
- 73 Addis Abeba (AU)
- 74 Juba
- 75 Kampala
- 76 Kigali
- 77 Kinshasa
- 78 Nairobi
- 79 Daressalam
- 80 Lusaka
- 81 Harare
- 82 Windhuk
- 83 Gaborone
- 84 Johannesburg
- 85 Maputo
- 86 Antananarivo

Asien

- 87 Eriwan
- 88 Tiflis
- 89 Taschkent
- 90 Bischkek
- 91 Almaty
- 92 Astana
- 93 Ulan Bator
- 94 Kabul
- 95 Islamabad
- 96 New Delhi
- 97 Kathmandu
- 98 Dhaka
- 99 Yangon
- 100 Bangkok
- 101 Singapur
- 102 Jakarta
- 103 Hanoi
- 104 Manila
- 105 Shanghai
- 106 Peking
- 107 Seoul
- 108 Tokio



- Länder-/Regionalbüros
- Verbindungsbüros zu internationalen Organisationen

STAND: MAI 2020

Wissenschaftliche Arbeit

Ihre wissenschaftliche Arbeit organisiert und trägt die FES vor allem durch die Studienförderung und das Archiv der sozialen Demokratie inklusive der Bibliothek. Die Studienförderung unterstützt junge, engagierte Menschen aus dem In- und Ausland, die sich den sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen, mit einem Stipendium und trägt die Debatte zu Bildungs- und Hochschulpolitik. Die Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird im Archiv der sozialen Demokratie lebendig gehalten.

Studienförderung

Die Aufgabe der Studienförderung ist seit über 90 Jahren eine doppelte: Die Stiftung fördert junge Menschen um ihrer selbst willen. Sie fördert Studierende und Promovierende aber auch, weil politisch engagierte junge Menschen für die Zukunft einer (sozialen) Demokratie essenziell sind – ganz gleich, ob sie später in der Politik, in Gewerkschaften, in der Wirtschaft, bei Medien, in Schulen oder in der Wissenschaft tätig sind. Im Studium und danach zeichnen sich FES-Stipendiat_innen durch gesellschaftspolitisches Engagement und überdurchschnittliche

Leistungen aus. Um in einer komplexen Welt wirksam zu arbeiten, muss man über Grenzen denken und handeln können; daher unterstützt die Studienförderung ihre Stipendiat_innen bei deren Bemühungen um Auslands(studien)aufenthalte.

Bildung ist grundlegend für Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Daher berücksichtigen wir bei der Auswahl besonders Erstakademiker_innen, Frauen, FH-Studierende, Studierende der MINT-Fächer und Studierende mit Migrationshintergrund. So lag in der Grundförderung durch das Bundesbildungsministerium (BMBF) der Anteil an Erstakademiker_innen unter den Neuaufnahmen bei 50 Prozent; rund 30 Prozent haben Migrationshintergrund.

2018 wurden 575 Stipendiat_innen aufgenommen und insgesamt 2.876 Stipendiat_innen gefördert, davon 286 aus-

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiat_innen sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN DE52 1007 0000 0938 4744 00 | BIC DEUTDE33XXX

ländische Studierende. Der Frauenanteil lag bei 50 Prozent. Mehr als 50 Prozent der FES-Stipendiat_innen in der BMBF-Förderung sind parteipolitisch aktiv. Die Durchschnittsnote der Absolvent_innen in der BMBF-Grundförderung ist mit 1,3 außergewöhnlich gut.

Die 60 Mitarbeiter_innen der Studienförderung verstehen sich als Begleiter_innen der aktuellen und ehemaligen Stipendiat_innen, die sie bei der Entwicklung persönlicher Urteils- und Handlungskompetenzen unterstützen. Das auf die Zielgruppe zugeschnittene Bildungsangebot beinhaltet die Qualifizierung für Ehrenamtliche und trägt somit zur Stärkung ihres politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements bei. Beteiligungsorientierte und interdisziplinäre Angebote zu gesellschaftspolitischen



Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen

Schriftenreihe des Netzwerk Bildung

Sabine Achour,
Susanne Wagner



Ein BAföG für das 21. Jahrhundert

Perspektiven für die Weiterbildung.
Für ein besseres Morgen

Michael Coredes,
Dieter Dohmen

Themen erweitern fachliche und politische Kenntnisse. Themen der Sozialen Demokratie werden in über 30 Arbeitskreisen vertieft. Auch nach dem Stipendium ermutigt die Stiftung viele der rund 22.000 Ehemaligen, sich weiter gesellschaftspolitisch einzubringen und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten.

Der Arbeitsbereich Bildungs- und Hochschulpolitik befasst sich mit der systematischen Analyse, Beratung und Vernetzung von Akteur_innen der Landes- und Bundespolitik, Ministerien, Wissenschaft und Schulpraxis. Mit den Themen Privatschulen, Integration durch Bildung sowie politische Bildung in der Schule wurden aktuelle Trends aufgegriffen und begleitet. Hochkarätige Veranstaltungen zu Hochschule und Wissenschaft ermöglichen eine vertiefte Fachdebatte, bei der auch mehrfach Stipendiat_innen und Vertrauensdozent_innen der FES eingebunden wurden. Thematisch stand neben der Digitalisierung in der Wissenschaft die Reform des BAföG im Vordergrund sowie eine Neuordnung der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung.

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) sichert und erhält, erschließt und bearbeitet das ungedruckte und gedruckte Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, von einzelnen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung

Studienförderung 2019



2.838

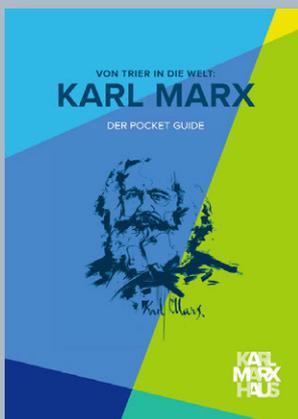
Studierende und Promovierende

253

davon ausländische Stipendiat_innen

und verschiedenen Organisationen aus ihrem Umfeld. Aus dieser Aufgabenstellung erwachsen kontinuierliche Aufgaben zur Pflege und zum Erhalt des kollektiven Gedächtnisses, die auch 2019 durch facettenreiche Tätigkeiten und Dienstleistungen in eine ertrag- und erkenntnisreiche Beziehung zu den Zielen der Stiftung gesetzt werden konnten.

So feierte das AdsD 2019 seinen 50. Geburtstag mit der Einweihung des neuen Zwischenarchivs im Rahmen eines Festakts und eines Tags der offenen Tür. Im #AdsD50-Blog wurde seit Juni 2019 wöchentlich ein neues Objekt aus den Beständen des AdsD vorgestellt. Allein die donnerstäglichen Geschichten rund um das Archivgut lockten monat-



Von Trier in die Welt:
Karl Marx

Der Pocket Guide

Karl-Marx-Haus



»Sagen, was ist«

Walter Dirks in den intellektuellen und politischen Konstellationen Deutschlands und Europas

Benedikt Brunner,
Thomas Großbölting,
Klaus Große Kracht,
Meik Woyke (Hg.)

lich viele neue Besucher_innen auf die Website (www.fes.de/adsd50), von der ausgehend man sich über die verschiedenen Bestände und vielfältigen Angebote aus Archiv und Bibliothek informieren kann.

Die Vielfalt und der inhaltliche Reichtum der Bestände des AdsD und seiner Bibliothek konnten anwendungsorientiert nutzbar gemacht und für Aktivitäten der historisch-politischen Bildung verwendet werden. Mit seiner Arbeit erreichte das AdsD Bürger_innen, Medienvertreter_innen und Forscher_innen verschiedener Fachrichtungen. Die Angebote reichten von der Auswertung von Archivgut für die wissenschaftliche, publizistische und mediale Nutzung über Literaturrecherchen für FES-interne wie externe Verwendungen, Beratung und Forschung bis hin zur zielgruppenadäquaten Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Kombination aus Archiv-/Bibliothekswissen und Public History bietet dabei eine exzellente Grundlage für Demokratieförderung aus historischer Perspektive.

Der Arbeitsschwerpunkt »Demokratiegeschichte« 2019 nahm die Jubiläen aus der Geschichte der Sozialen Demokratie 2019 zum Anlass, sich in den Diskurs um die Zunahme demokratieskeptischer und neurechter Einstellungen einzubringen. Entlang der Revolution 1918/19 und der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten über das 70-jährige Jubiläum des Grundgesetzes und das 50-jährigen Jubiläum der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler bis hin zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR wurden die Strahlkraft, die Tugenden und Erfolge der Demokratie als Gesellschaftsordnung der Moderne herausgestellt.

Ein wichtiger Fokus der Arbeit im AdsD lag im Jahr 2019 auf der Optimierung der archivinternen Arbeitsabläufe. Der Umzug in neu gestaltete Arbeitsräume, die Einrichtung eines neuen Lesesaals, der Bezug des Zwischenarchivs und die Neuausrichtung des Arbeitsbereichs Video/Ton und Film legten den Grundstein für eine grundlegende Modernisierung.

Der zunehmenden Digitalisierung der eigenen wie auch der Arbeit und Prozesse ihrer/seiner Hinterleger_innen begegnet das AdsD mit der im März eingerichteten Arbeitsstelle Digitale Transformation. Der Schwerpunkt liegt in der Übernahme und Archivierung digitaler Unterlagen. Auch die Bibliothek konnte 2019 ihr Angebot um eine digitale Innovation erweitern. So wurde das deutschlandweit

Archiv der sozialen Demokratie 2019



56.000 Lfm.

Archivbestand

1 Mio

Publikationen im
Bibliotheksbestand

in öffentlichen wie wissenschaftlichen Bibliotheken genutzte System für E-Books eingeführt. Mit der Onleihe können Nutzer_innen nun weltweit Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und digitale Bücher direkt digital lesen.

Auch in 2019 hat die Bibliothek das Projekt zur Digitalisierung der sozialdemokratischen Presse weiter vorangetrieben. Unter dem Titel »Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online« stehen nun neben dem »Vorwärts« die sozialdemokratischen Frauenzeitungen »Die Gleichheit« und »Die Arbeiterin« sowie Zeitungen aus der Frühzeit der Sozialdemokratie (1865–1876), aber auch die Deutschlandberichte der SOPADE (1934–1940) online.

Nach dem überaus erfolgreichen Jubiläumsjahr 2018 zum 200. Geburtstag des Philosophen erlebte das Museum Karl-Marx-Haus als einzigartiger historischer Lernort zu Leben, Werk und Wirkung erneut ein Rekordjahr mit über 53.000 Besucher_innen. Das bedeutet eine Steigerung von einem Drittel höheren Besuchszahlen als vor dem Jubiläum. Die Gäste kamen zu 60 % aus dem Ausland aus insgesamt 112 verschiedenen Staaten; zu den größten Gruppen zählen Gäste aus China, den Niederlanden und den USA.

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der politische Film

Menschlichkeit im globalisierten Kapitalismus, Ressourcen, Recycling, Nachhaltigkeit, Migration und Integration – große Themen verhandelt der österreichische Regisseur Sebastian Brameshuber in seinem Dokumentarfilm »Bewegungen eines nahen Berges«, der auf dem Hamburger Filmfest im September als »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung« ausgezeichnet wurde. Der Film handelt von einem Mann aus Nigeria, der in der Steiermark auf einem Schrottplatz am Fuß eines Erzbergwerks arbeitet und mit alten Autoteilen bis nach Nigeria handelt.

www.fes.de/julius-leber-forum/themen/der-politische-film

Das politische Buch

Trotz Debattenschlachten in den sozialen Medien kommt der freien Rede in der Demokratie nach wie vor große Bedeutung zu. Dies würdigte der mit 10.000 Euro dotierte Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ging an die Kasseler Literaturwissenschaftlerin Nikola Roßbach für ihr Buch »Achtung Zensur! Über Meinungsfreiheit und ihre Grenzen«. Auf der Festveranstaltung im Mai diskutierte die Autorin darüber mit Familienministerin Franziska Giffey.

www.fes.de/preis-das-politische-buch

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

»Wirtschaft.Weiter.Denken.«: So heißt der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik, mit dem die Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung jedes Jahr Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler_innen ehrt, die neue

Antworten auf wirtschaftspolitische Herausforderungen entwickeln. Dieses Jahr wurde der Preis erstmalig aufgeteilt: Adam Tooze erhielt ihn für sein Buch »Crashed – Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben«. Elisa Simantke und Harald Schumann erhielten den Preis für ihren Artikel »Blackrock – Ein Geldkonzern auf dem Weg zur globalen Vorherrschaft«, der im Tagesspiegel (08.05.2018) und weiteren Medien in 15 europäischen Ländern erschien; sie nahmen den Preis stellvertretend für das Journalist_innen-Team »Investigate Europe« entgegen. Die Jury begründete ihre Entscheidung damit, dass beide Publikationen wichtige Beiträge für die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland und Europa leisten.

www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik

FES-Menschenrechtspreis

Sich für Menschenrechte einzusetzen, wird in vielen Ländern der Welt immer gefährlicher. Ein eklatantes Beispiel ist Honduras, das von Korruption und schwacher Rechtsstaatlichkeit geprägt ist. Miriam Miranda, eine Angehörige der Minderheit der afrikanischstämmigen Garifuna, setzt mit ihrem Engagement für Menschenrechte ihr Leben aufs Spiel. Die Stiftung zeichnete sie in diesem Jahr mit dem FES-Menschenrechtspreis aus.

www.fes.de/menschenrechtspreis



Nikola Roßbach, Preisträgerin »Das politische Buch 2019«



Miriam Miranda, Preisträgerin des Menschenrechtspreises 2019 der Friedrich-Ebert-Stiftung

Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903–1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Bis 1970 war Erich Brost Chefredakteur und danach bis zu seinem Tod der Herausgeber der WAZ. Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als »Sondervermögen Erich Brost« in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen und fördert im Sinne Erich Brosts Aktivitäten, die sich folgenden Themen widmen: Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen; Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses; Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland; bürgerschaftliches Engagement; Bildungspolitik; Inklusion.

So wurde im Jahr 2018 unter anderem das »29. Bautzen-Forum« unterstützt, das zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dient. Ebenso wurde der deutsch-polnische Dialog in der Grenzregion zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Region Stettin fortgeführt.

Schüler_innen und Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen erhielten die Gelegenheit, sich intensiv mit den Themen Rechtsextremismus und europäische Integration auseinanderzusetzen.

In Brüssel wurde ein EU-Hospitanzprogramm für Journalist_innen und im polnischen Starachowice ein Dialog zwischen kommunalpolitischen Mandatsträgern aus Polen und Deutschland unterstützt.



Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und zuletzt Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) sowie 1959–1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher, 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2018 förderte die Stiftung die Fachtagung »Rechtsruck in Politik und Gesellschaft – was bedeutet das für die Erwerbslosenbewegung?« durch die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sowie Veranstaltungen und Publikationen des Arbeitskreises »Mittelstand« der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) der FES mit den Themenschwerpunkten: Gründungspotenziale von Flüchtlingen, neue digitale Geschäftsmodelle – Sharing Economy und Plattformökonomie sowie Fachkräftemangel im Handwerk.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt. Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung (HTMS) in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Gesellschaft zum Gegenstand haben.

Im Jahr 2018 förderte die Stiftung den »Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik« (Wirtschaft.Weiter.Denken), vergab den Restzuschuss für Druckkosten für die Publikation des Forschungsprojekts der IG Metall: »Die IG Metall und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf« und ermöglichte die gemeinsame mehrjährige Veranstaltungsreihe der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der IG Metall bislang zu den Themen Fachkräftesicherung, Demokratie in der Wirtschaft und Modernität der Industrie. Die für das Jahr 2017 geplante Veranstaltung zur »Zukunft der Sozialpartnerschaft« wurde auf 2019 verschoben.

ANHANG

55

- 54 Organisationsplan
 - 56 Jahresabschluss
 - 62 Zum Selbstverständnis
der politischen Stiftungen
 - 63 Mitglieder des Vorstands
 - 64 Mitglieder des Vereins
 - 65 Mitglieder des Kuratoriums
 - 65 Mitglieder des Auswahlausschusses
der Studienförderung
 - 66 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
der Studienförderung
 - 74 Anschriften
-

76 Impressum

Organisationsplan

STAND: MÄRZ 2020

VORSTAND

Vorsitzender
MP a.D. Kurt Beck

Stellvertretende Vorsitzende
MPin a.D. Hannelore Kraft,
Michael Sommer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Dr. Roland Schmidt

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

Kommunikation und Grundsatzfragen¹ Adrienne Woltersdorf	Politische Akademie Dr. Sabine Fandrych	Politischer Dialog Dr. Manuela Erhart	Wirtschafts- und Sozialpolitik Dr. Andrä Gärber
Pressestelle Peter Donaïski	Akademie für Soziale Demokratie Jochen Dahm	Landes-/ Regionalbüros	Arbeit, Qualifizierung und Bildung Andreas Wille
Strategische Kommunikation Sarah Tangen	Akademie Management und Politik Katrin Matuschek	Baden-Württemberg Fritz-Erler-Forum Stuttgart Anja Dargatz	Soziales Iva Figenwald
Online-Redaktion Reimar Winkler	Medienpolitik Dr. Johanna Niesyto	Bayern BayernForum München Ellen Diehl	Gewerkschaften / Digitalisierung Stefanie Moser
Entwicklung Onlinekommunikation Tobias Metz	JournalistenAkademie Carla Schulte-Breidenbach	Regensburg Harald Zintl	Klima / Energie / Umwelt Max Ostermayer
Geschäftsprozessmanagement¹	OnlineAkademie Sara Schinowski	Hessen Wiesbaden Severin Schmidt	Migration / Integration; Gender, Familie, Jugend, Senioren Susan Javad
Koordination Gender Dr. Stefanie Elies	Forum Jugend und Politik Ina Koopmann Kerstin Ott	Nordrhein-Westfalen Bonn/Düsseldorf Petra Wilke	Verbraucher, Unternehmen / Mittelstand Dr. Robert Philipps
Revision / Antikorruptionsbeauftragte¹ Birgit K. Schultz	Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung Jochen Reeh-Schall	Rheinland-Pfalz/ Saarland Mainz Brigitte Juchems	Räumliche Entwicklung, Demographischer Wandel Mareike Le Pelley
Datenschutz¹ Dr. Georg Wronka, R. A.	KommunalAkademie Anne Haller		Wirtschafts- und Finanzpolitik / Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik Markus Schreyer
Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Marion Fiedler			Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Sina Dürrenfeldt
Betriebsrat			Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung¹ Marei John Ohnesorg
Gesamtbetriebsrat Jochen Reeh-Schall			
BR Bonn Toni Henseler			
BR Berlin Monika Schneider			

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

**Mitgliederversammlung des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Kuratorium

**INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT,
BERATUNG UND BEGABTENFÖRDERUNG**

INTERNE DIENSTE

Internationale Entwicklungs- zusammenarbeit Christiane Kesper	Internationaler Dialog Michael Meier	Studienförderung Pia Bungarten	Archiv der sozialen Demokratie Dr. Anja Kruke	Finanzen und Organisation Dr. Roland Schwartz	Personalabteilung Dr. Beate Bartoldus
Afrika Dr. Manfred Öhm Gewerkschaften: Thomas Greven	Westeuropa/ Nordamerika Michèle Auga	Stellvertretende Abteilungsleitung und Ausländische Stipendiat_innen Judith Illerhues	Arbeitsstelle Digitale Transformation Dr. Andreas Marquet	Controlling und Organisation Axel Schmidt	Grundsatzfragen und Personalentwicklung Maria Theodossiou
Asien und Pazifik Marc Saxer Gewerkschaften: Anja Bodenmüller- Raeder	Mittel- und Osteuropa Matthias Jobelius	Auswahl Martin Weinert	Organisationsbestände Michael Oberstadt	Informations- technologien Peter Bujny	Rotation Kathrein Hölscher
Lateinamerika und Karibik Valeska Hesse Gewerkschaften: Dominique Klawonn	Internationale Politikanalyse Catrina Schläger	Beratung und Betreuung Elena Espinosa	Personenbestände und Sammlungen Harry Scholz	IT-Basisdienste: Peter Bujny IT-Prozess- unterstützung: Volker Schäfer	Organisationsentwick- lung / Digitalisierung Personalwesen Anja Minnaert
Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika Elisabeth Braune Gewerkschaften: Jannis Grimm	Redaktionsleitung Internationale Politik und Gesellschaft/ IPG-Journal Claudia Detsch Nikolaos Gavalakis	Promotionsförderung Dr. Markus Trömmel	Public History Dr. Ursula Bitzegeio	Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt	Personalbetreuung Inland Laura Dietrich Sener Dogan Bettina Pohl
Globale Politik und Entwicklung Jochen Steinhilber Globalisierung: Elisabeth Bollrich Frieden und Sicherheit: Konstantin Bärwaldt Klima und Energie: Manuela Mattheß Gender/ Soziale Gerechtigkeit: Natalia Figge Menschenrechte: Hajo Lanz	Koordinierungs- aufgaben Gewerkschaften: Dr. Marc Meinardus	Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk Roland Feicht	Karl-Marx-Haus Trier Elisabeth Neu	Projektabrechnung Jutta Klemm	Personalbetreuung Ausland Julia Büllesfeld Katharina Kuhlmann Ariane Rödel Sabina Tariq Sascha Wolter
Koordinierungs- aufgaben Gewerkschafts- koordination international: Mirko Herberg		Ehemalige und Berufsorientierung Katja Meyer	Bibliothek Jacques Paparo Katalog und wissen- schaftliche Dienste: Regine Schoch Periodika/ Benutzung: Jacques Paparo	Zentrale Dienste Bonn Diana Gohle Hausmanagement, Post- und Versand- dienstleistungen, Hausdruckerei, Liegen- schaftsmanagement PA, Trier	Duale Ausbildung Bettina Pohl
Evaluierung/ Qualitätsmanagement Philipp Kauppert		Vertrauensdozen- t_innen Antje Schnadwinkel	Public History Dr. Ursula Bitzegeio	Zentrale Dienste Berlin Tino Ernst Hausmanagement, Beschaffung, Bau- und Liegenschafts- management PD	

Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2019 (Stand 31.12.2019):

	31.12.2018	31.12.2019
Mitarbeiter_innen im Inland	484*	493*
Mitarbeiter_innen im Ausland	111*	116*
Insgesamt	595*	609*

* Seit 2018 wird die Anzahl der Beschäftigten in sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ) angegeben. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2018

AKTIVA

Angaben in Euro

	01.01.2018	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge/ Umbuchungen	31.12.2018	31.12.2017
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.060.105,08	239.723,35	350.474,43	949.354,00	1.060.105,08
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	72.026.930,45	945.588,73	2.425.201,73	70.547.317,45	72.026.930,45
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.386.141,10	1.741.702,61	1.564.315,90	5.563.527,81	5.386.141,10
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.052.737,81	2.007.135,21	0,00	5.059.873,02	3.052.737,81
	80.465.809,36	4.694.426,55	3.989.517,63	81.170.718,28	80.465.809,36
II. Finanzanlagen	39.113.829,73	524.980,40	0,00	39.638.810,13	39.113.829,73
	120.639.744,17	5.459.130,30	4.339.992,06	121.758.882,41	120.639.744,17
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.567.618,02	8.561.514,42
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				2.372.225,77	1.953.634,89
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				20.541.787,21	6.221.772,00
				22.914.012,98	8.175.406,89
D. Rechnungsabgrenzungsposten				85.452,19	126.119,77
				153.325.965,60	137.502.785,25

Die Bezeichnung der Davon-Vermerke bei der zweckgebundenen Rücklage erfolgte im Berichtsjahr mit den neuen gesetzlichen Normen der Abgabenordnung. Anpassungen der Vorjahresbeträge ergaben sich nicht.

PASSIVA

Angaben in Euro

	1.1.2018	Einstellungen/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2018	31.12.2017
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	59.446.682,22	3.736.408,50	738.187,07	62.444.903,65	59.446.682,22
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 7.551.011,08 (Vj. EUR 8.289.198,15)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 41.233.489,04 (Vj. EUR 37.584.404,43)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 13.660.403,53 (Vj. EUR 13.573.079,64)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.060.105,08	239.723,35	350.474,43	949.354,00	1.060.105,08
II. Grundstücke und Bauten	49.193.155,53	945.584,73	1.902.978,86	48.235.761,40	49.193.155,53
III. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.428.541,84	1.741.702,61	1.537.733,90	4.632.510,55	4.428.541,84
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.052.737,81	2.145.435,48	138.300,27	5.059.873,02	3.052.737,81
	57.734.540,26	5.072.446,17	3.929.487,46	58.877.498,97	57.734.540,26
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.567.618,02	8.561.514,42
D. Pensionsrückstellungen				2.221.838,00	2.393.484,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				6.893.712,28	3.236.901,21
II. Sonstige Verbindlichkeiten				901.240,87	819.451,62
				7.794.953,15	4.056.352,83
F. Rechnungsabgrenzungsposten				13.419.153,81	5.310.211,52
				153.325.965,60	137.502.785,25

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2018

Angaben in Euro

	2018		2017	
1. Projektgebundene Zuwendungen				
a) Bundesministerien	183.102.542,58		170.892.301,25	
b) Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.991.689,52		2.965.875,53	
c) Sonstige Zuwendungsgeber	2.209.011,08	188.303.243,18	1.495.449,73	175.353.626,51
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	173.488,50		245.697,05	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.000,00		100.000,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	322.848,24	596.336,74	322.335,09	668.032,14
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		3.791.187,19		3.007.820,14
4. Teilnahmegebühren		626.643,84		700.113,69
5. Sonstige Erträge		983.918,87		912.223,06
		194.301.329,82		180.641.815,54
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studierende	27.559.431,76		27.719.846,19	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	21.005.756,34		22.945.381,35	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft	114.178.560,97		100.814.091,29	
d) Forschungsprojekte	6.590.427,51		7.150.390,05	
e) Förderung von Kunst und Kultur	427.326,65	169.761.503,23	354.058,94	158.983.767,82
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.339.992,06		3.606.987,10
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		4.934.145,90		4.952.892,70
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsausgaben		12.724.425,40		15.223.888,96
10. Mehreinnahmen aus laufendem Betrieb (im Vj.: Mindereinnahmen)		2.541.263,23		-2.125.721,04
11. Finanzergebnis		508.152,89		674.658,43
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		3.049.416,12		-1.451.062,61
13. Außerordentliche Aufwendungen		51.194,69		8.404,39
14. Mehreinnahmen (im Vj.: Mindereinnahmen)		2.998.221,43		-1.459.467,00
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		0,00		1.459.467,00
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		2.998.221,43		0,00
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2020 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 31. JANUAR 2020

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	188.094.520
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	3.258.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	1.200.000
2. Spenden	520.000
3. Teilnehmergebühren	698.000
4. Sonstige Einnahmen	612.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studierenden und Graduierten</i>	31.022.006
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit</i>	24.317.933
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	113.767.901
<i>Forschungsprojekte</i>	6.639.188
<i>Förderung von Kunst und Kultur</i>	97.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen* nachrichtlich	38.661.167
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	16.777.579
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen	1.760.914
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten. Er beträgt 38.661.167 Euro. Darin enthalten sind
Löhne und Gehälter: 29.793.050 Euro
Soziale Abgaben: 8.868.116 Euro

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2018 größter einzelner Zuwendungsgeber.

94,6 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungsrelevanter Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 7,9 Mio. € für den internationalen Klima- und Umweltschutz.

Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 102,5 Mio. €, wovon 14,2 Mio. € auf Verwaltungskosten entfielen.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 33,9 Mio. € wurde für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diesen Aufgabenbereich entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern Mittel i. H. v. 2,2 Mio. € zur Durchführung von Investivmaßnahmen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 21,7 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,7 Mio. € wurden dabei als Verwaltungs-, Auswahl- und Betreuungskostenpauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 3 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. 17,6 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Sondermittel i. H. v. 2,2 Mio. €, wovon 1,2 Mio. € für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region Mittlerer Osten/Nordafrika verwendet wurden.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 3,1 Mio. €.

Insgesamt erhöhten sich die Bundeszuwendungen inklusive Bestandsvorräte gegenüber 2017 um 12,2 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 13,3 Mio. € und die AA-Mittel um 0,9 Mio. € stiegen, während die BMBF-Mittel um 0,2 Mio. € und die BMI-Mittel um 1,8 Mio. € sanken.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 3 Mio. €. Mit 1,7 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u. a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 240 T€ zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer_innen an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 627 T€.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen, dem Kantinenbetrieb in Bonn (insgesamt 419 T€), Kostenerstattungen (55 T€), Anlageerlöse (10 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (256 T€) sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung (13 T€).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 170 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 35,7 Mio. € und setzte sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 28,4 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 7,3 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentren in Bonn und Berlin sowie an Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter_innen betrug 19,8 Mio. €.

In der Position »Forschungsprojekte und -einrichtungen« werden Ausgaben in Höhe von 1,1 Mio. Euro für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für Forschungsprojekte, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn ausgewiesen.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,6 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 596 T€.

Bescheinigung des Abschlussprüfers

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn:

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an die Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des IDW-Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesent-

lichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt, ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten bilanziert, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit einer haushaltsrechtlichen Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen. Zudem werden in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung außerordentliche Aufwendungen und das Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit ausgewiesen.

Köln, den 16. August 2019
Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

gez.	
Vogel	Finsterer
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbst gesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstands

STAND: MÄRZ 2020

Vorsitzender: MP a. D. Kurt Beck	Ehrenvorsitzende: Anke Fuchs † Holger Börner †	Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium <i>Postadresse:</i> Friedrich-Ebert-Stiftung 53170 Bonn <i>Haus-/Lieferadresse:</i> Friedrich-Ebert-Stiftung Godesberger Allee 149 53175 Bonn
Stellvertretende Vorsitzende: MPin a. D. Hannelore Kraft Michael Sommer	Mitglieder des Vorstands: Doris Ahnen Prof. Dr. Peter Brandt Dr. Barbara Hendricks Christina Kampmann Barbara Ludwig Dr. Rolf Mützenich Matthias Platzeck	
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Roland Schmidt		

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landespartei-vorstände besetzt waren (Stand: 31.12.2018):

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:

- sechs Mitglieder ohne o. a. Funktionen
- zwei Mitglieder im Deutschen Bundestag
- zwei Mitglieder eines Landesparlaments
- ein Mitglied eines Landesparlaments (zugleich Mitglied einer Landesregierung).

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung:
keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung [...] in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Mitglieder des Vereins

STAND: MÄRZ 2020

Doris Ahnen	Günter Gloser	Franz Müntefering	Prof. Dr. Hans-Peter Schneider
Dr. Gerd Andres	Reinhard Grätz	Dr. Rolf Mützenich	Dr. Herbert Schnoor
Dr. Katarina Barley	Bettina Hagedorn	Andrea Nahles	Olaf Scholz
Kurt Beck	Nina Hauer	Dietmar Nietan	Gerhard Schröder
Uwe Karl Beckmeyer	Dr. Volker Hauff	Thomas Oppermann	Günter Schröder
Dr. Christine Bergmann	Dr. Horst Heidermann	Aydan Özoguz	Dieter Schulte
Erik Bettermann	Hubertus Heil	Johannes Andreas Pflug	Martin Schulz
Jens Böhrnsen	Dr. Barbara Hendricks	Matthias Platzeck	Werner Schulz
Klaus Brandner	Dr. Diether Hoffmann	Konrad Porzner	Dr. Angelica Schwall-Düren
Prof. Dr. Peter Brandt	Reiner Hoffmann	Joachim Poß	Rolf Schwanitz
Anke Brunn	Dr. Eva Högl	Florian Pronold	Manuela Schwesig
Ilse Brusis	Prof. Dr. Uwe Holtz	Prof. Christa Randzio-Plath	Carsten Sieling
Edelgard Bulmahn	Berthold Huber	Dr. h. c. Hermann Rappe	Heide Simonis
Dr. Jürgen Burckhardt	Klaas Hübner	Walter Riester	Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn
Hans-Martin Bury	Hedda Jungfer	Dr. Harald Ringstorff	Michael Sommer
Wolf-Michael Catenhusen	Johannes Kahrs	Wolfgang Roth	Peer Steinbrück
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin	Christina Kampmann	Prof. Heinz Ruhnau	Dr. Frank-Walter Steinmeier *
Dr. Klaus von Dohnanyi	Sabine Kaspereit	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis	Wolfgang Thierse
Heide Dörrhöfer-Tucholski	Reinhard Klimmt	Axel Schäfer	Franz Thönnes
Malu Dreyer	Hans-Ulrich Klose	Thorsten Schäfer-Gümbel	Michael Vassiliadis
Garrelt Duin	Walter Kolbow	Rudolf Scharping	Ute Vogt
Martin Dulig	Stefan Körzell	Harald Schartau	Dr. Klaus Wedemeier
Dr. Herbert Ehrenberg	Hannelore Kraft	Günter Schlatter	Ernst Welteke
Hans Eichel	Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp	Dr. Nils Schmid	Frank Werneke
Gernot Erler	Klaus-Dieter Kühbacher	Renate Schmidt	Detlef Wetzels
Petra Ernstberger	Ute Kumpf	Dr. Roland Schmidt	Heidemarie Wieczorek-Zeul
Nancy Faeser	Dr. Gerlinde Kuppe	Ulla Schmidt	Dr. Bettina Wieß
Elke Ferner	Prof. Manfred Lahnstein	Wilhelm Schmidt	Klaus Wowereit
Sigmar Gabriel	Dr. Jürgen Linde	Hubertus Schmoldt	Dr. Monika Wulf-Mathies
Klara Geywitz	Barbara Ludwig	Carsten Schneider	Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Dr. Franziska Giffey	Christoph Matschie		Dr. Christoph Zöpel

* Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mitgliedschaft ruht während Amtszeit als Bundespräsident

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: MÄRZ 2020

Vorsitzende

Ingrid Matthäus-Maier

Wolfgang Altenburg
Richard Becker
Dr. Wilhelm Bender
Klaus-Uwe Benneter
Siegfried Bleicher
Ulla Burchardt
Prof. Dr. Friedrich Buttler
Harro Uwe Cloppenburg
Dr. Klaus von Dohnanyi
Rudolf Dreßler
Dr. Ursula Engelen-Kefer
Ingeborg Friebe
Florian Gerster
Martin Gerster

Prof. Dr. Helene Harth
Ingrid Häußler
Dr. Peter Heinemann
Dr. Christine
Hohmann-Dennhardt
Helmut Hubacher
Roland Issen
Gerhard Jochum
Prof. Dr. Karl Kaiser
Dr. Karl Kauermann
Prof. Dr. Jürgen Keßler
Prof. Dr. Jürgen Kocka
Carmen König-Rothemund
Prof. Dr. Heiko Körner
Ursula Kraus
Prof. Dr. Jürgen Kromphardt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Moritz Leuenberger
Markus Meckel
Siegmar Mosdorf
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Edith Niehuis
Aydan Özoguz
Prof. Dr. Winfried Polte
Dr. Simone Raatz
Dr. h. c. Hermann Rappe
Steffen Reiche
Edzard Reuter
Dr. Nikolaus Schneider
Wolfgang Schneiderhan
Karin Schubert
Rolf Schwanitz
Prof. Dr. Hartmut Soell
Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner
Ludwig Stiegler
Prof. Dr. Johano Strasser
Helmut Teitzel
Dr. Gerald Thalheim
Dr. Carl Tham
Wolfgang Tiefensee
Dr. Gottfried Timm
Dr. Hans-Jochen Vogel
Gerd Walter
Gerd E. Weers
Dr. Rosemarie Wilcken
Dr. Monika Wulf-Mathies
Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses der Studienförderung

STAND: MÄRZ 2020

Vorsitzende

Prof. Dr. Helene Harth

1. Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Keßler

2. Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Simone Raatz

Pia Bungarten, Leiterin der
Studienförderung
Prof. Dr. Hans-H. Bass
Prof. Dr. Michael Bäuerle
Prof. Dr. Christian Bernzen
Christine Biehler
Prof. Dr. Dr. Franz-Josef
Brüggeleier
Dr. Michael Dauderstädt
Prof. Dr. Dorothée de Nève
Dr. Yassir El Jamouhi

Stefanie Elies
Prof. Dr. Frank Engehausen
Prof. Dr. Hermann Frister
Prof. Dr. Brigitte
Georgi-Findlay
Dr. Yvette Gerner
Dr. Uwe Gottschalk
Prof. Eberhard Grötsch
Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke
Prof. Dr. Uwe Haneke
Prof. Dr. Peter Hantel
Prof. Dr. Helene Harth
Prof. Dr. Dr. Ernest W. B.
Hess-Lüttich
Prof. Dr. Gunther
Hirschfelder
Prof. Dr. Anke Holler
Prof. Dr. Wolfgang Honnen
Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Rainer Jonas
Prof. Dr. Heidrun D. Kämper
Dr. Thomas Keidel
Dr. Ernst-J. Kerbusch
Prof. Dr. Christopher Kopper
Evelin Manteuffel
Dr. Regine Mehl
Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
Prof. Dr. Christoph Meyer
Prof. Dr. Andreas Mücklich
Prof. Dr. Thomas J. J. Müller
Prof. Dr. Daniela Münkler
Dr. Yvonne Ott
Prof. Dr. Rachid Ouaisa
Prof. Dr. Anita Pfaff
Prof. Dr. Walter
Reese-Schäfer
Prof. Dr. Emanuel Richter
Prof. Dr. Marc Ringel
Prof. Dr. Hermann Rösch

Prof. Dr. Michael Schmidt
Dr. Petra Schmitt-Frister
Dr. Ilja-Kristin Seewald
Dr. Jasmin Siri
Dr. Damir Softic
Dr. Ralf Stegner
Prof. Dr. Franz Streng
Prof. Dr. Jochen Struwe
Prof. Dr. Rainer Walz
Prof. Dr. Katina Warendorf
Dr. Maren Ziese

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Studienförderung

STAND: MÄRZ 2020

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Dr. Florian Freund

Universität Augsburg

Prof. Dr. Susanne Metzner

Prof. Dr. Natascha Sojz

Prof. Dr. Dietmar Süß

BADEN

Dr. Karim El-Haschimi

BAMBERG

Universität

Prof. Dr. Frank Westerhoff

Prof. Dr. Thomas Laux

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Prof. Dr. Herbert Popp

BERLIN

Ralf Beste

Dr. Hans-Peter Böhm

Dr. Rolf Bösingher

Dr. Michael Bröning

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann

Prof. Dr. Ulrich Hilpert

Dr. Marius Hofmeister

Axel Hutschenreuther

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert Lippok

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Dietmar Molthagen

Dr. Timo Noetzel

Dr. Manfred Öhm

Prof. Dr. Christian Pinkert

Claus Radziwill

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Manuela Spindler

Prof. Dr. Peter Steinbach

Prof. Dr. Paul Strazmann

Dr. Nicolai von Ondarza

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Dr. Almut Wieland-Karimi

Dr. Sören Wiesenfeldt

Freie Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas

Prof. Dr. Nina Kolleck

Prof. Dr. Simon Koschut

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Prof. Dr. Sahar Sodoui

Charité Universitätsmedizin

Prof. Dr. Roland Francis

Prof. Dr. Volker Köllner

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Susan Kamel

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Priv.-Doz. Dr. Stephan Bröchler

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Christoph-Martin Geilfus

Prof. Dr. Martin Heger

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Volker Köllner

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Herfried Münkler

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Dr. Sascha Buchholz

Prof. Dr. Etienne Emmrich

Prof. Dr. Oliver Schwedes

BIBERACH

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

BIELEFELD

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Johannes Voit

Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Dr. Ulrike Bick

Jörg Fleck

Dr. Tuan Anh Tran

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

PD Dr. Alexander Kochinka

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Adina C. Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

Prof. Dr. Gereon Wolters

BONN

Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Solvay Gerke
Dr. Christian von Haldenwang
Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Dr. Anja Kruke
Dr. Andreas Stamm

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr.-Ing. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Lucke
Prof. Dr. Heiko Sauer
Prof. Dr. Michael Schneider
PD Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui
Prof. Dr. Joachim Behr

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Dr. Janna Wolff

Hochschule

Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller

Universität

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Prof. Dr. Jutta Günther
PD Dr. Sebastian Haunss
Dr. Sigrid Kannengießner
Prof. Dr. Ursula Rust
PD Dr. Cordula Weißköppel
Dr. Arndt Wonka

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke
Markus Möller

Brandenburgische Technische Universität

Prof. Dr. Jacob Spallek

DARMSTADT

Peter Brändle

Technische Universität

Prof. Dr. Petra Gehring
Prof. Dr. Gerd Lautner

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DRESDEN

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Ralph Sonntag

Technische Universität

Prof. Dr. Peter Gründler
Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Dr. Marina Scharlaj
PD Dr. Klavdia Smola
Dr. Swen Steinberg

DUISBURG

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
Prof. Dr. Peter Ulrich Hein
Prof. Dr. Heike Roll
Prof. Dr. Florian Schacht

DÜSSELDORF

Prof. Dr. Anke Hassel
Prof. Dr. Karsten Rudolph

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani
Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Katholische Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Heike Grimm
Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann
Dr. Jochen Voit

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

ESSLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
Prof. Dr. Uwe Danker

FRANKFURT / MAIN

Dr. Stefan Marx
Dr. Yvonne Ott

University of Applied Sciences

Prof. Dr. Michaela Köttig

FRA School of

Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Volker Dötsch
Prof. Dr. Alexander Ebner
Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT / ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBERG

Technische Universität

Bergakademie

Dr. Thomas Mütze
Dr. Martin Rudolph

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FULDA

Hochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

GELSENKIRCHEN

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

GERA

Duale Hochschule

Prof. Dr. Thilo Fehmel

GIESSEN

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Frank Runkel

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Dr. Alexandra Kurth
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee

GÖTTINGEN

Prof. Dr. Lydia Haustein

Universität

Dr. Astrid Biele Mefebue
Prof. Dr. Andrea D. Bührmann
Dr. Alexander Engel
Dr. Stephan Klecha
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Sebastian Vollmer

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Thomas Thurn-Albrecht
Prof. Dr. Till Kösser
Prof. Dr. Daniel Ulber
Dr. Andreas Weber

HAMBURG

Tobias Gros
Dr. Arnim Karthaus
Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
PD Dr. Sven Tode

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit

Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka
Dr. Marc Schütte
Prof. Dr. John-Philipp Siegel
Prof. Dr. Gerhard Suess

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Robert Bramkamp

Universität

Dr. Doerte Bischoff
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Gertraud Koch
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Benno Stinner

HANNOVER**Hochschule**

Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Dr. Marion Tacke

HEIDE/HOLSTEIN**Fachhochschule Westküste**

Prof. Dr. Thomas Haack

HEIDELBERG

Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Dr. Sascha Weber

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Dr. Felix Hörisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Hartmut Soell
Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM**Hochschule für angewandte
Wissenschaft und Kunst**

Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer
Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann

ILMENAU**Technische Universität**

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA**Universität**

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Thomas Kroll
Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Georg Schmidt
Prof. Dr. Kim Siebenhühner

KAISERSLAUTERN**Technische Universität**

Prof. Dr. Marcus Höreth
Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Prof. Dr. Bernd Streich
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

KARLSRUHE

Dr. Jan Stöß

Institut für Technologie KIT

Prof. Dr. Michael Schefczyk
Dr. Ulrich Walter
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

**Hochschule für Technik
und Wirtschaft**

Prof. Dr. Hagen Krämer

Pädagogische Hochschule

Jun.-Prof. Dr. Johannes Voit

KASSEL**Universität**

Dr. Minou Isabel Banafsche
Prof. Dr. Sonja Buckel
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Felix Welti

KEHL**Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung**

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Linda Kleemann
Dr. Christine Schmehl

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weißels

Universität

Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Gerhard Igl

KLEVE**Hochschule Rhein-Waal**

Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber

KOBLENZ/LANDAU**Universität**

Dr. Hannes Kopf
Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Matthias von Hellfeld
Dr. Christiane Kling-Mathey
Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schönig

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Technische Hochschule

Prof. Dr. Zelal Ates
Prof. Thorsten Burgmer

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Prof. Dr. Fabian Klose
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert
Dr. Meik Woyke

KONSTANZ**Hochschule für Technik,
Wirtschaft und Gestaltung**

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianca Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Julia Laura Rischbieter
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LEIPZIG

Dr. Ulrike Bick
Prof. Dr. Dorothea Hegele
Dr. Jens A. Katzek
PD Dr. Melanie Morisse

Hochschule für Grafik

Thomas Locher

Fachhochschule Nordhessen**Zweigstelle Leipzig**

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Musik

KS Prof. Dr. Roland Schubert

**Hochschule für Technik,
Wirtschaft und Kultur**

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universitätsklinikum

Prof. Dr. Sebastian Stehr

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Cornelia Exner
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz
Prof. Dr. Sebastian Stehr

LUDWIGSBURG**Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen**

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig
Dr. Marco Althaus

LUDWIGSHAFEN**Fachhochschule**

Prof. Dr. Karin A. Kersting
Prof. Dr. Fritz Unger

LÜNEBURG**Universität**

Prof. Dr. Ulrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

LÜNEBURG/SCHNEGA

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass

MAGDEBURG**Hochschule Magdeburg-Stendal**

Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Matthias Morfeld
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer
Prof. Dr. Wolfgang Renzsch

MAINZ

Silke Hillesheim (Wendelsheim)

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Dr. Eva Berger
Jun.-Prof. Dr. Thomas Blank
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding
Prof. Dr. Tanjev Schultz

MANNHEIM

Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

**Hochschule der Wirtschaft
für Management**

Prof. Dr. Annette Bornhäuser
Prof. Dr. Lars Castellucci
Prof. Dr. Wera Hemmerich

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert
Prof. Dr. Gerhard Gründer
Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG**Fachhochschule**

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHENGLADBACH

Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MITTWEIDA

Hochschule

Prof. Dr. Sebastian Noll

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster
Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
Michael Marco Schönlein
Dr. Hans Wegner

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

Staatliche Akademie der Bildenden Künste

Prof. Dr. Maria Isabel Peña Aguado

Technische Universität

Prof. Dr. Stefan Wurster
Prof. Dr. Björn Garbrecht

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter
Prof. Dr. Jan-Hendrick

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Dr. Jan-Christoph Heilingner
Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Rudolf Tippelt
Dr. Till Zimmermann

MÜNSTER

Universität

Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Dr. Andrea Walter
Prof. Dr. Christoph Weischer

NÜRNBERG

Dr. Andrea König

Ev. Fachhochschule

Dr. Andreas Scheulen

OLDENBURG

Universität

Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde
Dr. Tonio Oeftering

OSNABRÜCK

Hochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Roland Brandt

OSNABRÜCK (BÜNDE)

Dr. Andrea Behrenswerth

PADERBORN

Universität

Prof. Dr. Birgit Riegraf

PASSAU

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM

Fachhochschule

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. John-Philipp Siegel
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG

Universität

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN

Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf Kessler

ROSTOCK

Hochschule für Musik & Theater

Prof. Marion Küster
Prof. Dr. Malte Barsholz

Universität

Prof. Dr. Ralf Ludwig

SAARBRÜCKEN

Prof. Dr. Roland Rixecker

Hochschule für Musik

Prof. Dr. Matthias Handschick

Universität

Prof. Dr. Volker Köllner
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

SALZGITTER

Ostfalia Hochschule

Prof. Dr. Heinz-Dieter Quack

SCHWERIN

Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann

SIEGEN

Universität

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Heiko Ihmels

SOLINGEN

Dr. Anna Leuchtweis

SPEYER

Universität für Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Gisela Färber

STRALSUND

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

STUTTGART

Prof. Dr. Thomas Dekorsy

Hochschule für Technik

Prof. Dr. Elke Sohn

Universität

Dr. Annika Arnold
Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

TÜBINGEN

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

WEINGARTEN

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WERNIGERODE

Hochschule Harz für Wirtschaft und Technik

Minister Prof. Dr. Armin Willingmann

WIESBADEN

EBS Univ. Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Jiri Sobota

WISMAR

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Andreas Bücken
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

WOLFENBÜTTEL

Prof. Dr. Peter Burschel

WUPPERTAL

Bergische Universität

Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-
Bocquet

Ausland

BELGIEN

Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Dr. Sonja Zmerli

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

ITALIEN

Prof. Dr. Phillip Genschel

KOSOVO

Prof. Dr. Wulf Lapins

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Thomas Conzelmann
Dr. Sebastian Krapohl
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Dr. René Repasi
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

ÖSTERREICH

Dr. Felix Butzlaff
Dr. Reinhard J. Krumm

SCHWEIZ

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun
Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Benjamin Müller
Dr. Sascha Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

SCHWEDEN

Dr. Christian Krell

USA

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Anschriften

STAND: MAI 2020

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9213

presse@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

Telefax 030 26935-9228

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Pia Bungarten

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-7902

Telefax 0228 883-9225

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Dr. Anja Kruke

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9046

Telefax 0228 883-9204

(Information Archiv)

archiv.auskunft@fes.de

www.fes.de/archiv

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Jacques Paparo

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9056

(Information Bibliothek)

Telefax 0228 883-9220

bibliothek@fes.de

fernleihe@fes.de

www.fes.de/bibliothek

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Elisabeth Neu

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068-0

Telefax 0651 97068-140

karl-marx-haus@fes.de

www.fes.de/museum-karl-marx-haus

Regional- und Landesbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Anja Dargatz

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 248394-43

Telefax 0711 248394-50

info.stuttgart@fes.de

www.fes.de/fritz-erler-forum

BAYERN

BayernForum

Anna-Lena Koschig

Herzog-Wilhelm-Straße 1

80331 München

Telefon 089 515552-40

Telefax 089 515552-44

bayernforum@fes.de

www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl

Lilienthalstraße 8

93049 Regensburg

Telefon 0941 7947-59

Telefax 0941 7956-13

regensburg@fes.de

www.fes.de/regionalbuero-regensburg

BERLIN

Forum Berlin

Arbeitsbereich Berlin Politik

Felix Eikenberg

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

Telefon 030 26935-7308

Telefax 030 26935-9240

forumberlin@fes.de

www.fes.de/forum-berlin

BRANDENBURG

**Landesbüro
Brandenburg**
Eugen Meckel
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 29255-5
Telefax 0331 28033-56
potsdam@fes.de
www.fes.de/landesbuero-brandenburg

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Julius-Leber-Forum
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein**
Dr. Dietmar Molthagen
Schauenburgerstraße 49
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.fes.de/julius-leber-forum

HESSEN

Landesbüro Hessen
Severin Schmidt
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
Telefax 0611 341415-29
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

**Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern**
Frederic Werner
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 5125-96
Telefax 0385 5125-95
schwerin@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
mecklenburg-vorpommern

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen
Stefan Meuser
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
Telefax 0511 357708-40
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW
Petra Wilke
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-7202
Telefax 0228 883-9208
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)
Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375-63
Telefax: 0211 436381-48

RHEINLAND-PFALZ

**Regionalbüro Mainz
Rheinland-Pfalz und das Saarland**
Brigitte Juchems
Große Bleiche 18–20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
Telefax 06131 96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/regionalbuero-
rheinland-pfalz-saarland

SACHSEN

Landesbüro Sachsen
Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-2160
Telefax 0341 960-5091
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

Außenstelle Dresden

Matthias Eisel
Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03
Telefax 0351 80468-05
sachsen@fes.de
www.fes.de/landesbuero-sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt
Dr. Ringo Wagner
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/landesbuero-
sachsen-anhalt

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen
Dr. Irina Mohr
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 5980-20
Telefax 0361 5980-210
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/landesbuero-thueringen

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen
Hiroshimastr. 28
10785 Berlin
www.fes.de

Textredaktion

Adrienne Woltersdorf
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Bildredaktion

Katja Ulanowski
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Herstellung

Katja Ulanowski
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Korrektorat

Dirk Michel

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Papier

RecyStar®Polar von Papyrus, Recyclingpapier

Printed in Germany 2020

ISSN 0940-0702

Bildnachweis

Mark Bollhorst: S. 9, 13, 17
Baramsai Chadraaval: S. 8
Amrita Chandradas: S. 25
FES: S. 8, 9, 15, 22, 51, 52
fesmedia Africa: S. 8
Elias el Ghorchi: S. 9
Priyanka Kapar: S. 8
Martin Modes: S. 16
Frank Nürnberger/studio10117.de: S. 23
Ruthe Zuntz: S. 24
Daniela Schmitter: S. 9
Andi Siboro: S. 9
Martin Steffen: S. 8
Maren Strehlau: S. 51
Reiner Zensen: S. 12

Geschichte

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

↓ Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

1925

↓ Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

1933

↓ Verbot durch die Nationalsozialisten

1946

↓ Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung

1956

↓ Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung

1963

↓ Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit

1969

↓ Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn

1990

↓ Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas

1999

↓ Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin

2001

↓ Die OnlineAkademie der FES geht u. a. mit den Themen Globalisierung, Rechtsextremismus, Geschichte, Soziale Demokratie ins Netz.

2008

↓ Erste E-Learning-Kurse zur Kommunalpolitik werden mit dem Label »kommcheckers« angeboten.

2019

↓ e-Bert, der erste KI-gesteuerte Chatbot der FES, tritt seinen Dienst in der politischen Bildung an. Spielerisch vermittelt er Kompetenzen in der kritischen Auseinandersetzung mit europafeindlichen Parolen oder Klimamythen.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.

